

DGB: Dritter Weg S.4 | Politischer Mord S.4 | Betriebsberichte S.7/8

Arbeiterkampf

Jg.1 Nr.13 Dez.71 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** Betrverk 30Pf. Im Laden 50Pf.

Metallrunde '71

40 000 in STUTTGART

Nach dem gescheiterten „Schlichtungs"versuch von Bundeskanzler Brandt zum Streik der Metaller von Nordbaden - Nordwürttemberg haben am 8. Dezember 40 000 Arbeiter in einer zentralen Kundgebung und Demonstration ihren ungebrochenen Kampfwillen zum Ausdruck gebracht.

Starken Beifall erhielt der Bezirksleiter der IG Metall, Willi Bleicher, als er auf der Kundgebung feststellte: „Hier geht es nicht nur um Mark und Pfennig – hier geht es um die Ehre des arbeitenden Menschen" und „Keine Bangigkeit – auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil!"

Das meinten auch die 40 000 Metaller, und deshalb forderten sie in Sprechchören immer wieder die Durchsetzung der vollen 11 %, von denen die IGM-Führer inzwischen auf 7,5 % heruntergegangen waren.

Es wurde eine großartige Demonstration der Kampfentschlossenheit der Metaller von Nordbaden - Nordwürttemberg gegen das Lohndiktat der Kapitalisten: „Schleyer will den Klassenkampf – machen wir ihm also Dampf!"

Kommunistischer Bund gegründet

Die Kämpfe der vergangenen Monate haben zur Schaffung weitgehender Übereinstimmungen zwischen verschiedenen kommunistischen Organisationen in Westdeutschland geführt. Diese Organisationen sind immer mehr zu einem einheitlichen Standpunkt über die Grundlagen kommunistischer Politik gekommen.

Letzten Monat schlossen sich auf dieser Grundlage einige Organisationen unter dem Namen KOMMUNISTISCHER BUND (KB) enger zusammen: Das SALZ - Hamburg, der KAB - Hamburg, der KB / ML - Flensburg, der KB / ML - Eutin, das SALZ - Bremerhaven, die KAG - Oldenburg und das SALZ - Frankfurt betrachten es als wichtige Aufgabe, ihre bisherige zersplitterte Agitationsarbeit zusammenzufassen und als gemeinsame Arbeiterzeitschrift den „ARBEITERKAMPF" regelmäßig herauszubringen.

Der KB steht für den gleichberechtigten Beitritt anderer kommunistischer Gruppen offen. So findet eine enge Zusammenarbeit mit dem SALZ - Cuxhaven, dem SALZ - Stade und dem KB / ML - Lübeck statt, die schon jetzt an der gemeinsamen Zeitung „ARBEITERKAMPF" mitarbeiten.

Der KB ist noch keine Partei. Er ist auch kein Parteiersatz. Er ist vielmehr die Organisationsform in der jetzigen Etappe der Parteischaffung, wo vom Zirkelwesen schrittweise zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei übergegangen wird. Die Gründung des KB ist ein Schritt zur Überwindung der Zersplitterung und des Zirkelwesens innerhalb der kommunistischen Bewegung in der BRD.

Es ist unser Ziel, unsere Arbeit zu verbessern und zu verbreitern, an der Erarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik verstärkt teilzunehmen und die Festlegung eines politischen Programms voranzutreiben.

Wie soll es nun weitergehen?

Die Metall - Kapitalisten versetzen der Arbeiterklasse Schlag auf Schlag: Erst Verschleppungstaktik in den Verhandlungen, dann das provokatorische 4,5 % - „Angebot". Schließlich Massenaussperrungen in Nordbaden - Nordwürttemberg, weitere Aussperrungen der Automobilarbeiter (BMW, Audi - NSU, VW, Hanomag - Henschel) und Kurzarbeit in vielen Metallbetrieben.

Kurzarbeit und Entlassungen greifen auch bereits auf andere Industrien über. Immer mehr Kollegen sehen Lohn und Arbeitsplatz gefährdet, und das in einer Situation, in der Weihnachten vor der Tür steht. Demagogisch versucht die bürgerliche Presse die „Schuld daran den streikenden Metallern in die Schuhe zu schieben und verlangt lauthals die schnelle Beendigung der Streiks. Die Metaller aber führen ihre Kämpfe nicht, weil sie Spaß an Streiks hätten, sondern weil sie die wirtschaftliche Situation dazu zwingt. Gesamtmetall will uns einen Tarifvertrag aufzwingen, der im Endergebnis eine Verschlechterung unserer materiellen Situation bedeutet.

'Abwehrfront' der IGM

Von vornherein war klar, daß ein derart massiver Angriff der Kapitalistenklasse nur mit einem breiten Flächenstreik aller Metaller in der BRD hätte abgewehrt werden können. Statt dessen setzte die IGM - Führung ihre halbherzige Taktik durch: Nur in einem einzigen Bezirk wurde zum Streik aufgerufen und auch dort nur für einige Betriebe. Die streikbereiten Kollegen der anderen Bezirke aber wurden mit „deftigen" Sprüchen hingehalten und vertröstet. Durch diese Taktik aber sind die Metaller den konzentrierten Angriffen von Gesamtmetall weit unterlegen.

Politische Ziele der Kapitalistenklasse

Gesamtmetall provoziert Streiks und setzt Massenaussperrungen durch. Den damit verbundenen Produktionsausfall nehmen die Kapitalisten offenbar gern in Kauf. Das zeigt, daß es ihnen gar nicht so sehr um einige Prozente Lohnerhöhung geht. Das könnten sie billiger haben. Die Kapitalisten verfolgen mit ihrem massiven Angriff auf die Arbeiterklasse handfeste politische Ziele:

Die Kapitalisten wissen, daß die Zeit des „Wirtschaftswunders" vorbei ist. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt und Inlandsmarkt wächst, eine wirtschaftliche Krise von internationalem Ausmaß steht vor der Tür und wird durch die derzeitige Weltwährungskrise noch verschärft. Die Kapitalisten versuchen jetzt, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Für die Arbeiter bedeutet dies verschärfte Ausbeutung und Beschneidung ihrer demokratischen Rechte. Gleichzeitig wollen die Kapitalisten die Krise der SPD in die Schuhe schieben, um von dem eigentlichen Übel, der kapitalistischen Produktion, abzulenken. Damit

(Forts. S.3)



Kampf gegen Faschismus oder blutige Unterdrückung

In allen Ländern, in denen die Kapitalisten die Macht im Staat haben, versuchen sie ständig, die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verschärfen und die politischen Rechte, die sich die Arbeiterklasse erkämpft hat, Stück für Stück abzutragen. Es ist ein ständiger Verteidigungskampf, den die arbeitenden Menschen gegen die Kapitalisten und ihre Staatsmaschine führen müssen, um zu verhindern, daß sie unter ihr bisheriges Lebensniveau gedrückt werden.

Vor allem die französischen und italienischen Arbeiter sind hier in Europa in ihren Kämpfen am weitesten. Für sie sind die Klassenfronten weitgehend klar: Hier Arbeit – dort Kapital, mit ihrer „Sozialpartnerschaft" können die Kapitalisten hier kaum noch landen.

In diesem Jahr hat die französische Bevölkerung die seit dem Mai 68 ersten größeren Kämpfe gegen die Kapitalisten ausgefochten.

Frankreich:

Im Frühjahr fuhren Tausende von *Bauern*, aus Protest gegen die Politik der französischen Regierung, mit Treckern über Land, sperrten Straßen und Bahnlinien und kippten in einigen Städten Jauche vor die Rathäuser.



Mai 68, Champs-Elysees in Paris: Die Pariser Bevölkerung demonstriert

Im April streikten 50 000 *Renaultarbeiter* für Lohnerhöhungen und die 40 Stunden-Woche. Die Arbeiter des Stammwerkes in Billancourt besetzten ihre Fabrik. Im Juni streikten die *Eisenbahner* und legten drei Viertel des Eisenbahnverkehrs lahm. Sie verlangten höhere Löhne und hielten sich damit nicht an die Vereinbarung der Gewerkschaftsführung mit der Regierung, eine Angleichung der Löhne an die Preise erst bei 4 % Geldentwertung vorzunehmen.

Das sind nur wenige Beispiele für die Kampfbereitschaft der französischen Bevölkerung. Vor allem aber im Mai 68 spürten die französischen Unternehmer die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse.

Revolutionärer Aufstand Mai 68

Begonnen hatte es mit Demonstrationen der Pariser Studenten für eine bessere finanzielle Ausstattung der Universität und gegen reaktionäre Ausbildungsrichtlinien. Große Teile der Pariser Bevölkerung hatten sich mit ihnen solidarisiert. 800 000 Menschen waren auf der Straße. Die Polizei ging mit Gas – Kampfgas, das die Amerikaner gegen die Menschen in Indochina einsetzen – gegen die Pariser vor.

Dann aber erst wurde es für die französische Kapitalistenklasse wirklich gefährlich: *Generalstreik!* *10 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte streikten! Mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer in Frankreich!* Hunderte von Fabriken wurden besetzt, die Matrosen übernahmen auf ihren Schiffen das Kommando. Über den Fabriken, Behördengebäuden und den Schiffen wehte mehrere glückliche Tage lang die rote Fahne.

Die Regierung mochte 10,14 % mehr Lohn anbieten – für die Bauern wurde der Lohn sogar um 56 % heraufgesetzt –, vor dem Renaultwerk in Billancourt malten die Arbeiter auf das Pflaster „Der Kampf geht weiter". Es ging um mehr, als um höhere Löhne! *Es ging um den Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus!*

Italien:

Im November 69 stand Fiat-Boß Agnelli vor Gericht. Vor einem Gericht, das aus 4000 seiner Automobilarbeiter bestand, die sich auf dem riesigen Sportplatz von Turin versammelt hatten. Die Arbeiter berichteten:

■ Jahrelang ließ die Konzernleitung die Kollegen an den Werktoren nach „subversiven" Druckschriften durchsuchen.

■ Aufseher überwachten – als Arbeiter verkleidet – in Werkshallen, Kantinen und Toiletten die Gespräche der Belegschaft.

■ Wer aufmuckte, wurde entlassen oder in entlegene Abteilungen versetzt, wo die Arbeit schwerer und die Bezahlung schlechter war.

„Nieder mit den Konzernherren! Wir lassen uns nicht einschüchtern!" riefen die im Fiattribunal versammelten Arbeiter. Und sie setzten ihre Forderung durch: Agnelli mußte die fristlosen Kündigungen, die er gegen einige Arbeiter ausgesprochen hatte, die den vorhergegangenen Streik angeführt hatten, zurücknehmen! *Fiat hatte verloren!*

Auch in Italien geht es um mehr als um Prozente

Als die geforderten Lohnerhöhungen erreicht waren, kämpften die Fiatarbeiter weiter – um die Anerkennung ihrer Vertreter im Betrieb. Und als die Turiner Arbeiter für diese Forderung auf die Straße gingen und die Polizei versuchte, sie auseinanderzutreiben, errichteten sie Barrikaden und verprügelten die Polizei so, daß diese sich zurückziehen mußte. Ein Plakat auf einer Barrikade machte deutlich, daß es nicht mehr nur um Prozente ging. *„Was wir wollen ist: Alles!"*

Revisionisten helfen Kapitalismus retten

Die Klassenfronten sind klar und die Massen wollen kämpfen – das haben die Kämpfe der Franzosen im Mai 68 bewiesen und auch die der italienischen Automobilarbeiter 69. Nur den Revisionisten ging das alles ein bißchen zu schnell.

Bei einem Treffen von 20 000 Renaultarbeitern versuchte der Vorsitzende der der KPF nahestehenden Gewerkschaft GGT Georges Seguy klar zu machen, daß es doch gar nicht darum gehe, „die Machtpositionen der Kapitalisten zu stürzen". Er wolle „nur deren Geldbeutel anzapfen". Alle, die mehr wollten, – mit anderen Worten also alle die Werktätigen, die für den Sozialismus gestreikt, gekämpft und ihre Fabriken und Büros besetzt hatten – seien „Abenteurer und Provokateure"!

Und in Italien versuchte Sergio Segre, Chefredakteur des Zentralorgans der KPI, den kämpfenden Arbeitern einzureden: „Revolution in Italien, das heißt Reformen."

Aber die Revisionisten kommen den Arbeitern nicht nur mit dummen Reden. Sie arbeiten den Kapitalisten sogar offen in die Hände: Die KPF verbot im Mai 68 ihren Mitgliedern an einem Marsch auf den staatlichen Rundfunk- und Fernseh-Sender ORTF, der über den revolutionären Aufstand nur Hetzsendungen gebracht hatte, teilzunehmen. Sie fürchteten sich davor, die Staatsgewalt zu provozieren.

Nicht anders in Italien: Dort forderte die KPI öffentlich die Regierung auf, die „kryptofaschistischen Gruppen der äußersten Linken zu beseitigen"!

Mangelndes Vertrauen in die revolutionäre Kraft des Proletariats und Angst vor den Kapitalisten – das sind nur die beiden Seiten der reformistischen Politik der Revisionisten.

Solange die Kapitalisten die Macht im Staat haben, verfügen sie auch über seine Unterdrückungsinstrumente und werden sie diese auch gegen das Proletariat einsetzen: Niedergeschlagen wurden die Demonstrationen der französischen Bevölkerung von Polizei- und Armee-Einheiten.

Auf dem Höhepunkt der Kämpfe reiste General de Gaulle nach Westdeutschland zu den dort stationierten französischen Natotruppen unter General Massu, um einen möglichen Einsatz dieser Truppen gegen das Volk zu besprechen. Um Paris wurden Panzer und Artillerie zusammengezogen.

Solche Pläne sind den italienischen Kapitalisten auch nicht fremd: Der Faschistenführer Almirante spricht ganz offen von der „griechischen Lösung der italienischen Probleme" (gemeint sind die Probleme, die das Proletariat den italienischen Kapitalisten bereitet!). In menschliche Sprache übersetzt heißt das: Anwendung des Natoplanes „Prometheus", der in Griechenland unter Mitwirkung des amerikanischen Geheimdienstes CIA in dem Moment mit der Demokratie Schluß machte und die faschistische Diktatur errichtete, als die antikapitalistische Bewegung unter dem Volk für die Kapitalisten gefährlich wurde.

NATO – Heer gegen Sozialismus

Die Aufgabe, die die Nato für das kapitalistische Lager hat, formulierte 1947 der damalige US-Präsident Truman. In der sog. „Truman-Doktrin" heißt es: „Im gegenwärtigen Augenblick der Weltgeschichte muß nahezu jede Nation zwischen zwei grundverschiedenen Ordnungen ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz" – also zwischen der Herrschaft der Kapitalisten und dem Sozialismus – „wählen ... Ich bin der Überzeugung, daß wir freien Völkern helfen müssen, wenn sie über ihre Geschicke selbst bestimmen wollen."

„Hilfe", sprich militärisches Eingreifen überall dort, wo eine Nation vor der Wahl zwischen Kapitalismus oder Sozialismus steht, wo, mit anderen Worten das Volk die Abschaffung des Kapitalismus auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Damit ist auch klar, daß die Nato nichts anderes ist, als die *militärische Waffe der international verbündeten Kapitalisten gegen die Proletarier aller Länder.*

'Griechische Lösung' in der Türkei

Im Natoland Türkei hatte die antikapitalistische Bewegung unter dem Volk in den letzten Jahren ständig zugenommen. Streiks, Demonstrationen und Fabrikbesetzungen unter Parolen wie „Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten!" waren an der Tagesordnung. Vor allem auch die Bauern ließen sich immer weniger die Willkür der fetten Großgrundbesitzer gefallen, jagten nicht wenige von ihren Ländereien und besetzten diese.

Vor allem die amerikanischen, englischen und westdeutschen Imperialisten haben in der Türkei viel Kapital investiert.

Aber auch aus einem anderen Grund ist die Türkei für das kapitalistische Lager von großer Bedeutung: durch ihre geografische Lage hat sie die Funktion eines kapitalistischen Brückenkopfes gegen die sozialistischen Staaten. Deshalb inszenierten die türkischen Unternehmer im Mai mit dem Einverständnis der Nato und mit der Hilfe des CIA den faschistischen Putsch der Genrale. Die sozialistische Arbeiterpartei und die einzige noch freie Gewerkschaft wurden verboten, ihre Mitglieder eingesperrt.

Demokratie + Faschismus – 2 METHODEN KAPITALISTISCHER HERRSCHAFT

Die „griechische Lösung" der Probleme im Sinne der Kapitalisten ist nun keine besondere Methode, die sich aus den besonderen Gegebenheiten einiger (noch nicht so „in der Demokratie geübter") Länder erklären ließe. In *jedem kapitalistischen Staat* versuchen die Kapitalisten ständig die Rechte der Arbeiter zu kappen und zu bescheiden, wo sie nur können. Die parlamentarische Demokratie und die faschistische Diktatur sind nur zwei Gesichter der kapitalistischen Politik der Ausbeutung und Unterdrückung.

Die Gefahr eines faschistischen Umsturzes besteht auch für Länder wie Frankreich, Italien oder die BRD. Das heißt nicht, daß die Kapitalisten von heute auf morgen zur faschistischen Diktatur übergehen. Sie bereiten das längerfristig vor und versuchen ständig, diese oder jene Maßnahme durchzudrücken, die ihnen einen Übergang zum Faschismus erleichtern wird.

In Frankreich z. B. kann man dieses Vorgehen seit dem Mai 68 gut beobachten.

Im Mai 68 – 4 Wochen nach dem Beginn der Kämpfe – organisierten die Faschisten in Paris eine 800 000 Mann starke Gegendemonstration unter Parolen wie „Für Gesetz und Ordnung". De Gaulle, der es noch im März abgelehnt hatte, die inhaftierten Führer der faschistischen Organisation OAS zu begnadigen, ließ sie Anfang Juni laufen – um alle reaktionären Kräfte als Verteidigung des Kapitalismus gegen die Revolution zu mobilisieren.

Im April dieses Jahres legte Innenminister Marcellin einen Plan zur „Straffung der Polizeimaßnahmen" vor, der die Polizei direkt dem Innenminister unterstellt.

GENERALSTREIK REICHT NICHT AUS

Eine ganz ähnliche Entwicklung läßt sich in der BRD beobachten.

Diese allseitigen Angriffe der Kapitalisten auf die wirtschaftliche und politische Lebensgrundlage der arbeitenden Menschen – und das haben die Maikämpfe der Franzosen gelehrt – können nicht durch einen Generalstreik abgewehrt werden.

Gegen die allseitigen politischen Angriffe kann nur der allseitige politische Kampf der Arbeiterklasse erfolgreich sein – und gegen die militärische Verteidigung des kapitalistischen Staates durch die Unternehmer nur eine militärische Organisation der Arbeiterklasse.



Metallarbeiter in Rom 69: Fiat sciopero contratto subito(Plakat) : Fiat Streik - Sofort-Vertag

(Forts. von S. 1)



soll durch die bürgerliche Presse Stimmung in der Bevölkerung für die CDU gemacht werden. Die Kapitalisten wollen eine Veränderung der politischen Herrschaftsform.

Die CDU ist inzwischen auf Strauß-Kurs eingeschworen und verspricht den Kapitalisten, noch härter gegen die Arbeiter und andere demokratische Kräfte vorzugehen. Mit Hilfe der CDU wollen die Kapitalisten den Boden vorbereiten für die kommenden Jahre, wo es ihnen darum geht, die Arbeiter noch brutaler zu unterdrücken und noch intensiver auszubeuten. Durch die Härte ihres Angriffs in der diesjährigen Metalltarifrunde will die Kapitalistenklasse den Arbeitern ihre Macht demonstrieren, der Arbeiterbewegung das Genick brechen und eine breite Stimmung der Resignation erzeugen.

Die Taktik der SPD

Die SPD versucht jetzt den Kapitalisten zu beweisen, daß sie selbst alles in ihrem Sinn regeln kann. So will die SPD die Kapitalisten beschwichtigen und ihnen weismachen, daß sie gar keine CDU brauchen, daß sie mit der SPD allein gut auskommen können. In diesem Sinn preist Schiller die Lohnleitlinien, die „konzertierte Aktion", die Tarifabschlüsse im Sinne der Kapitalistenklasse, die Verschräfung der arbeiterfeindlichen Bestimmungen im neuen BVG usw.

Für die Kapitalisten aber ist die SPD nur so lange wichtig, wie es ihr gelingt, die Arbeiter ruhig zu halten. So muß die SPD eine arbeiterfeindliche Maßnahme nach der anderen für die Kapitalisten treffen und durchsetzen und gleichzeitig so tun, als ob dies eine Verbesserung für die Arbeiterklasse bedeutet.

Jedoch beginnen immer mehr Arbeiter die SPD-Politik zu durchschauen und sich vom Einfluß der SPD zu lösen. Zwar unternimmt die SPD gerade jetzt verzweifelte Anstrengungen, um mit Hilfe der Gewerkschaftsführungen und ihrer Betriebsgruppen ihren Einfluß über die Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten, aber langfristig kann die SPD diesen Kampf nicht gewinnen. Das wissen die Kapitalisten sehr genau und setzen immer deutlicher auf die CDU-Demagogen. Diese reisen derzeit im Auftrag der Kapitalistenklasse landauf landab und machen Stimmung gegen die SPD-Regierung und die Gewerkschaften und versprechen dem „kleinen Mann" alles mögliche. So versucht die Kapitalistenklasse die schlechte Lage der arbeitenden Bevölkerung, ihre Enttäuschung und ihren Ärger mit der derzeitigen Politik auf ihre reaktionären Mühlen zu lenken.

Gewerkschaften in der Zwickmühle

Eine wichtige Aufgabe der bestehenden Gewerkschaftsführungen ist es, den Einfluß der SPD über die Arbeiterklasse zu garantieren. Die Gewerkschaftssekretäre müssen die von der SPD-Regierung getroffenen Maßnahmen, Gesetze usw. auf den Betriebsversammlungen, Vertrauensleute-Sitzungen den Arbeitern schmackhaft machen.

SPD-Minister Schiller hat z. B. im Auftrag der Kapitalisten-Verbände die Lohnleitlinien mit 7 – 8 % für dieses Jahr festgelegt. Die tatsächlichen Abschlüsse entsprachen dieser Leitlinie: die SPD hatte 1971 die westdeutsche Arbeiterklasse im Griff. In diesem Zusammenhang sollten die Gewerkschaftsführer vor Beginn der Tarifverhandlungen solche Forderungen aufstellen, die schon dicht bei der Schillerschen Leitlinie lagen, damit Gewerkschaftsführer und Kapitalisten-Vertreter sich nach ihrem Verhandlungs- und Schlichtungs-Theater umso besser genau darauf „einigen" konnten. Die Interessen der Arbeiter wurden dabei stets untergebuttert.

Auch vor Festlegung der Metaller-Forderung war es Hauptaufgabe der IGM-Sekretäre zu verhindern, daß auf den Betriebs- und Abteilungsversammlungen, sowie den Vertrauensleute-Sitzungen überhaupt über Lohnforderungen für dieses Jahr diskutiert wurde. Umso besser konnten später die Kollegen mit den völlig unzureichenden Forderungen von 9 – 11 % „überrascht" werden. Wo es aktiven Belegschaften und Vertrauenskörpern gelang, eigene Forderungen aufzustellen, wurden diese von der IGM-Führung nicht berücksichtigt, bzw. abgewürgt.

Der Verlauf der Tarifrunde allerdings zeigt, daß die von SPD- und IGM-Führung eingeschlagene Taktik nicht so einfach aufgeht, wie es geplant war. Dies liegt nicht so sehr am Widerstand der Metaller, sondern vielmehr daran, daß die Kapitalisten inzwischen viel weitergehende Ziele in diesem Tarifkampf verfolgen. Diese sind an einem schnellen Lohnabschluß auf der in ihrem eigenen Interesse durchgesetzten Lohnleitlinie gar nicht mehr interessiert. Sie wollen mehr. Sie wollen einen Abschluß möglichst unterhalb der Schillerschen Leitlinie. Sie wollen, daß sich die Arbeiter enttäuscht und noch schneller von der SPD lösen und den CDU-Demagogen nachlaufen. Sie wollen auch, daß sich die fortschrittlichen Vertrauenskörper und Gewerkschafter von ihren Kollegen isolieren, da sie die inkonsequente und halbherzige Politik von Brenner, Bleicher & Co. in den Betrieben vertreten und ihre Folgen für die Kollegen ausbaden müssen. Kurzum: Die derzeitige allgemeine Schwächesituation der Arbeiterklasse erscheint den Kapitalisten als günstige Möglichkeit, der Arbeiterbewegung das Genick zu brechen.

Gleichzeitig blasen die Kapitalisten und ihre Handlanger zu einer intensiven Kommunistenhetze und drohen mit Verbot, um zu verhindern, daß sich die Arbeiter in ihrer Abkehr von der SPD-Politik einer selbständigen Klassenpolitik zuwenden und beginnen, ihre kommunistische Partei wieder aufzubauen.

Für eine eigenständige Klassenpolitik des Proletariats

Die Kapitalisten wissen sehr gut, daß ihre Politik auf längere Sicht immer wieder in der Arbeiterklasse auf Widerstand stößt, daß die Arbeiterklasse nicht bereit ist, alles so einfach hinzunehmen. Sie sehen die Gefahr, daß die Arbeiter beginnen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, eigenständig eine Alternative gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse herauszubilden.

Um eine solche selbständige Alternative der Arbeiter zu verhindern müssen die Kapitalisten den Arbeitern immer wieder Scheinalternativen vorsetzen, die in der Lage sind, die Arbeiter glauben zu machen, daß danach alles besser wird. Nur so können die Kapitalisten die Dinge im Griff behalten. Eine solche Scheinalternative für die Arbeiter ist der Faschismus, ist die soziale Demagogie, ist in Westdeutschland die CDU/CSU.

Aus den Kämpfen der letzten Jahre haben bereits eine Reihe entschlossener Arbeiter erkannt, daß sich eine Arbeiterpolitik nur in Opposition zu allen bürgerlichen Parteien durchführen läßt, daß sie so lange immer wieder Schiffbruch erleiden, so lange sie sich innerhalb der kapitalistischen Zwickmühle CDU-SPD bewegen.

Eine entscheidende Aufgabe dieser Arbeiter ist es, der zu erwartenden Resignation und Demoralisierung in der Arbeiterklasse entschlossen entgegenzutreten. Sie müssen zeigen, daß Erfolge für die Arbeiter möglich sind, und zwar in langwieriger Arbeit, indem begonnen wird, neben dem Wiederaufbau ihrer kommunistischen Partei, die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiterklasse zu machen.



KONTAKTADRESSEN

Kontaktadressen des KB
Bremerhaven: ARBEITERBUCH Polit. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, "Bürger 198", tgl. 9.30-18.30 Uhr
Eutin: Hartmut Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf
Flensburg: M. Göhler, 239 Flensburg Postfach 459
Frankfurt: Dieter Müller, 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. (Ffm) 558072, Di. 17.30 - 19 Uhr u. Fr. 17 - 20 Uhr
Hamburg: ARBEITERBUCH Polit. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 453801, tgl. 9-18.30 Uhr
Oldenburg: U. Bartling, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 10 888, Mo. u. Mi. 17-18 Uhr

Flensburg:



Gondesen-Clique abservieren

Schon lange schwelt der Konflikt zwischen fortschrittlichen und aktiven Vertrauensleuten auf der Werft FSG (Flensburger Schiffbaugesellschaft) und „ihrem" Betriebsratsvorsitzenden Ernst Gondesen. Bei allen wichtigen Fragen stellte sich dieser Mann gegen die Interessen der Werftarbeiter:

Ob Gondesen in der Betriebsversammlung die neuesten arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Werftbosse Hildenberg und Bunte anpreist; ob er es ablehnt, die „langhaarigen Typen" der Betriebsjugendsprecher anzuhören; ob er sich dafür ausspricht, kampflos noch unter „Lohnleitlinie" abzuschließen und jede Kampfmaßnahme der Vertrauensleute abzuwürgen versucht – stets segelt Gondesen unter der Flagge des Kapitals und hascht nach jeder finanziellen Vergünstigung, an die er herankommen kann. Dieser Mann, der sich im Betriebsrat und in der Ortsverwaltung der IGM (dort ist er 2. Bevollmächtigter) eine wahre „Hausmacht" aufgebaut hat, ist ein waschechter Arbeiterverräter.

Aber Gondesens Maß und das seiner Mitläufer ist endgültig voll. Aktive Kollegen und Vertrauensleute holen jetzt Schritt für Schritt nach, was sie in übergroßer Geduld seit langem versäumt haben: „Gondesen und seine Clique muß weg!" Er hatte sich schon eine Fahrkarte zum 10. IGM-Tag besorgt (80 Mark Spesenpauschale pro Tag!), da erteilte ihm die Ortsvertreterversammlung in Flensburg die erste kalte Dusche: gewählt wurde ein fortschrittlicher Kollege als einziger Flensburger Delegierter!

Für die Zukunft stehen noch an: Neuwahl der Ortsvertreter, Neuwahl der IGM-Ortsverwaltung bis März und Neuwahl der Betriebsräte bis Mai 1972. Die Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft werden nicht zögern, die Gondesen-Clique aus ihren unverdienten Posten zu entfernen. Damit wird in der Flensburger IGM ein wichtiger Schritt vorwärts getan, um eine stumpf gewordene Waffe der Arbeiter wieder zu schärfen; die Gewerkschaften wieder zu einer Kampforganisation der Arbeiter zu machen, mit deren Hilfe die Kollegen im Kampf gegen die Kapitalisten wirklich etwas für sich herausholen können.

Die Zeitung des KB/Gruppe Flensburg, der „METALLARBEITER", wird auch weiterhin die aktiven und fortschrittlichen Kollegen und Vertrauensleute in ihrem Kampf um eine selbständige Arbeiterpolitik in Betrieb und Gewerkschaft unterstützen.

Eutin:

8% freiwillig?

Überrascht wurden die Kollegen der Eutiner Maschinenfabrik UTINA von „ihrer" Geschäftsleitung. Diese gab mitten in der Tarifrunde bekannt, daß sie 8 % Lohnerhöhung an alle Arbeiter zahlen wollte. Diese „außertarifliche" Lohnerhöhung soll von den Kollegen als Ersatz für die zu erwartende tarifliche Lohnerhöhung betrachtet werden. Damit kommen die UTINA-Bosse zwar um eine mögliche Bestreikung des Betriebes herum. Aber andererseits kommen auch die Kollegen nicht schlecht weg: denn die 8 % liegen vermutlich über dem zu erwartenden Tarifabschluß der IGM.

Haben wir es hier also mit einer arbeiterfreundlichen Maßnahme der Geschäftsleitung zu tun? Wohl kaum. Ein Kapitalist, der freiwillig mehr Lohn zahlt als er nötig hat, existiert wohl nur in der bürgerlichen Märchenwelt. Die Sache hat natürlich einen Pferdefuß:

Die UTINA-Bosse haben vor, 90 % ihrer Profite aus dem guten Geschäftsjahr '71 im nächsten Jahr zu investieren. Hierbei handelt es sich zum großen Teil um sog. Rationalisierungs-Investitionen: höhere Produktivität und gleichzeitiges Einsparen von Arbeitskräften, d. h. höhere Profite für die UTINA-Bosse und Arbeitslosigkeit für viele Kollegen. Für die verbleibenden Kollegen bedeutet es höhere Ausbeutung bei gleichbleibendem Lohn.

Nach den Plänen der UTINA-Bosse soll der Bereich „Elektromaschinen" expandieren, der Bereich „Artikel für die Milchwirtschaft" aber entfallen.

Die Geschäftsleitung beteuerte dazu: „Alle freigesetzten Kollegen erhalten einen anderen Job! Sie können z. B. als Pförtner eingesetzt werden."

Der „METALLKAMPF", die Zeitung des KB/Gruppe Eutin für die ostholsteinischen Metallkollegen antwortete darauf treffend: *„Für wie dumm hält man uns eigentlich? Jeder von uns weiß, daß das nur ein vorgeschobenes Argument ist, um uns zu beruhigen. Oder hat die Geschäftsleitung etwa geplant, schnell noch einige neue Betriebstore zu errichten, damit die Pförtner auch alle eingesetzt werden können?"*

Die UTINA-Bosse haben natürlich Angst, daß „ihre" Arbeiter sich gemeinsam gegen die geplanten Rationalisierungs-Investitionen wehren; daß sie sich wehren, einfach auf die Straße gesetzt zu werden. So versuchen die UTINA-Bosse dafür zu achten, daß eine Kampfbereitschaft unter den Kollegen erst gar nicht aufkommt. Und genau deswegen haben sie jetzt versucht, die UTINA-Kollegen mit der „freiwilligen" Lohnerhöhung von 8 % vorsorglich von einem möglichen Streik zurückzuhalten. Gleichzeitig versuchen sie den Kollegen weiszumachen, daß „eine gewerkschaftliche Organisierung ganz und gar unnötig" ist, da „wir auch so zahlen". Mit diesem schäbigen Trick, versuchen die UTINA-Bosse die Unorganisiertheit der Kollegen bei UTINA aufrechtzuerhalten. Daß die Arbeiter dabei nur schlecht fahren, beweist schon die Höhe der bei UTINA gezahlten Löhne selbst, die auch nach der 8 %-Erhöhung noch weit unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Ohne gewerkschaftliche Organisierung werden die Arbeiter von „ihren" Kapitalisten noch mehr über das Ohr gehauen. Die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter ist eine wichtige Bedingung, um die ständigen Übergriffe der Kapitalisten gemeinsam abwehren zu können.

Also: treten wir massenhaft in die Gewerkschaft ein und vertreten dort konsequent unsere Interessen.



Impressum:
Herausgeber: VERLAG Arbeiterkampf
Verantwortlich: Kai Ehlers
Auflage: 5 000

Der Staat verteidigt seine Macht
Mit Notstand, Mord und Menschenjagd!

Die Polizei hat in ihrer Hetzjagd auf die sogenannte „Baader-Meinhof-Gruppe" den zweiten Menschen zur Strecke gebracht. Georg von Rauch, von dem die Polizeiführung einen Zusammenhang zu dieser Gruppe behauptet, wurde am 4. Dezember in Westberlin kaltblütig ermordet. Drei weitere Menschen sollen verletzt worden sein, darunter ein Polizist. Die Presseberichte hierzu sind recht widersprüchlich. Man merkt, daß die Tatsachen – wie schon bei der Ermordung von Petra Schelm – verschleiert werden sollen.

Bei Großfahndungen gegen die „Baader-Meinhof-Gruppe" hatte die Westberliner Polizei die vier Insassen von zwei Wagen „gestellt" und wollte sie „überprüfen". Drei der Insassen stellten sich nach Aufforderung durch die Polizisten widerstandslos mit dem Gesicht und mit erhobenen Händen gegen eine Hauswand; der vierte unternahm einen Fluchtversuch.

Die Presse hatte sich von vornherein wohlweislich gehütet, Georg von Rauch als den Flüchtenden zu bezeichnen. Er gehörte nachprüfbar zu den mit vorgehaltener Pistole an die Wand gestellten. Und dort, an der Wand stehend, wurde er auch umgebracht!

Wie die Ermordung zustandegekommen sein soll – darüber verbreitet die Presse verschiedene Variationen.

- Die MORGENPOST beispielsweise schreibt, daß auf die Polizisten „von beiden Straßenseiten das Feuer eröffnet" worden sei. Sie gibt zu, daß die Polizei auch (?) geschossen habe und von Rauch danach „zusammengesackt" sei.
- BILD behauptet, daß der eine Polizist „von der anderen Straßenseite beschossen" worden sei. Er habe „zurück (!) gefeuert" und von Rauch sei zusammengebrochen.
- Das HAMBURGER ABENDBLATT schreibt überhaupt nicht davon, daß die Polizei geschossen habe! Aber: „Schüsse fielen sowohl von den drei Festgenommenen, als auch von zwei Personen, die auf der anderen Straßenseite standen und die vier offenbar erwarteten. Georg von Rauch brach tödlich getroffen zusammen."
- Und die FRANKFURTER RUNDSCHAU schreibt nur, daß „plötzlich Schüsse fielen". „Einer der drei Verdächtigen brach nach Angaben der Polizei sofort zusammen."

In verschiedenen Zeitungen wird behauptet, daß Georg von Rauch „möglicherweise" von „seinen Komplizen" erschossen wurde.

Die Blutlache vor der Hauswand (weißer Kreis) zeigt deutlich: Georg von Rauch wurde "standrechtlich" erschossen.

Wie verkaufen wir der Bevölkerung den politischen Mord an Georg von Rauch am besten? Diese Frage jedenfalls hat hinter allen Berichten in der bürgerlichen Presse gestanden. Georg von Rauch ist durch einen Kopfschuß umgelegt worden. Das ist aber nur aus geringer Entfernung möglich. Und die Polizeiführung mußte inzwischen auch zugeben, daß Georg von Rauch keine Waffe bei sich hatte. Um diese ungeheuerlichen Tatsachen möglichst in den Hintergrund zu drängen, brachte die MORGENPOST beispielsweise auf der Titelseite die Forots von drei angeblichen Mitgliedern der „Baader-Meinhof-Gruppe" mit der Hauptschlagzeile: „Ermordeten sie den Hamburger Polizeimeister?" Über die Ermordung Georg von Rauchs wurde auf der letzten Seite unter der weniger aufreißerischen Überschrift berichtet: „Gab Marianne Herzog' der Polizei den Tip?"

Weitere politische Morde geplant

Erst Petra Schelm, jetzt Georg von Rauch – das sind zwei politische Morde der Staatsgewalt innerhalb von 4 Monaten. In beiden Fällen sollen die Tatsachen verschwiegen werden, soll die Bevölkerung den „wahren Schuldigen" in der „Baader-Meinhof-Gruppe" selbst, also im Opfer der Hetzjagd sehen. Beide Fälle sind verbunden mit übler Demagogie und offen faschistischer Hetzpropaganda in Wort und Bild, die das Klima für neue politische Morde weiter vorbereiten sollen. Springers BILD brachte zurechtgemachte Fotos von den angeblichen „Polizistenmördern", die den Juden- und Bolschewisten-Fotos in den Hetzschriften des Nazi-Regimes in nichts mehr nachstehen.

Auch der Tod des Hamburger Polizisten Norbert Schmidt geht auf das Konto des Staates. Peter Homann, der sich kürzlich der Polizei stellte, sagte in einem Interview mit dem SPIEGEL:

> *„Jemandem wie Petra Schelm stehen -zig Poliziesten mit Maschinenpistolen gegenüber. Egal was sie tut, ob sie die Pistole zieht oder ob sie sie nicht zieht – sie ist in dieser Situation ausgeliefert. Jede Bewegung kann dazu führen, daß sie erschossen wird."*

Die „Baader-Meinhof-Gruppe" ist von der Staatsgewalt zum Abschuß freigegeben. Der Staat hat sie in die Situation des „Wilden Westens" gezwungen: Wer zuerst zieht, bleibt am Leben!

Es ist abzusehen, daß die Polizei bald nicht nur einzelnen politisch Verfolgten bewaffnet und schießbereit gegenübertritt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus Krohe hat bereits vor Jahren erklärt:

> „Sie können sich gar nicht vorstellen, welche Freude es mir machen würde, mit der Maschinenpistole in der Hand in streikende Arbeiter zu schießen, wenn es sich um einen Streik handelt, der nicht die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Zweck hat, sondern ein politischer Streik ist."

Die „rechtliche Grundlage" hierfür hat sich der Staat 1968 mit den Notstandsgesetzen geschaffen. Und daß mit Polizeieinsatz gegen streikende Arbeiter schon jetzt nicht mehr zurückgehalten wird, haben die Chemie-Kämpfe in diesem Jahr gezeigt.

Mit dem Bewußtsein über diese Gefahr für die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte fand am 6. Dezember eine Protestversammlung gegen die Ermordung Georg von Rauchs in der Hamburger Universität statt. Rund 400 fortschrittliche Studenten zogen anschließend in einer spontanen Protestdemonstration zum Untersuchungsgefängnis und zum Verlagshaus des *Springer-Konzerns*. In Westerberlin fanden am 5. und am 6. Dezember Protestdemonstrationen von einigen tausend Menschen statt.



Fahndungsfoto eines angeblichen Mitglieds der "Baader-Meinhof-Gruppe" - von Springers BILD nach Nazi-Muster "zurechtgemacht"

„Pickelgesicht" Rolf Pohle (30)

Wichtige Forderungen dieser Demonstrationen waren:

> SCHLUSS MIT DEN POLITISCHEN VERFOLGUNGEN UND DER FASCHISTISCHEN HETZE!
> ENTMILITARISIERUNG DER POLIZEI!

Keine Chancen für Faschisten!

Mit verschiedenen „Großkundgebungen" hatte die NPD in den letzten Wochen ein Come-Back geplant. Sie ist gründlich auf den Bauch gefallen.



Hamburg: 'Kaisersaal' vollständig abgesperrt

Nach ihrer deutlichen Niederlage in Bremen wollten die Nazis der NPD Ende Oktober in Hamburg „Fuß fassen" und „ungebrochene Stärke" demonstrieren.

Daraus wurde nichts. Die Hamburger erteilten den Faschisten eine scharfe Abfuhr!

Auf Initiative des Kommunistischen Bundes wurde ein breites Aktionsbündnis kommunistischer, demokratischer und konfessioneller Organisationen gebildet, um zu einer Gegendemonstration aufzurufen.

Bevor die Nazis im „Kaisersaal" Eimsbüttel zusammenkommen konnten, sperrten 2000 kampfentschlossene Antifaschisten den „Kaisersaal" von allen Seiten ab! Die Nazi-„Großveranstaltung" wurde vollständig verhindert. Obwohl die Polizei anfangs Durchbruchsversuche der Faschisten unterstützte, gelangte nur eine handvoll in den „Kaisersaal". Später am Abend versuchten die Schlägertrupps der Nazis, Demonstranten zu verprügeln. Sie erhielten von den Kollegen eine kräftige Abreibung.

Viele unorganisierte Kollegen und auch einige aufrechte Genossen aus der DKP und SDAJ waren dabei, obwohl sich die DKP-Landesleitung strikt an den Antikommunismus-Beschluß der Partei hielt und soe die Zusammenarbeit mit anderen kommunistischen Organisationen ablehnen muß. Nach diesem Beschluß, der auch in der These 4J der DKP festgehalten ist, werden alle Kommunisten, die den revisionistischen Weg der DKP nicht gehen und sich außerhalb der DKP organisieren, als „Links"-Sektierer beschimpft, mit denen die DKP keine gemeinsame Aktion machen könne.

Freiburg: Ins Wasser gefallen

In Freibrug hatten die Rechtsradikalen eine Demonstration mit Kundgebung geplant. Auch hier sabotierte die DKP von Anfang an ein gemeinsames Vorgehen aller Freiburger demokratischen und sozialistischen Organisationen. Statt dessen führte sie den „antifaschistischen Kampf" mit Protestschreiben an die Stadtbehörde. Aber die Klassenjustiz entschied sich für die NPD und untersagte sogar eine antifaschistische Gegenkundgebung! Daraufhin betätigten sich die Revisionisten als die großen Abwiegler. Als sich der Demonstrationszug der Demokraten und Antifaschisten schon aufgestellt hatte, marschierte der DKP-Block in die falsche Richtung davon, um einer „Konfrontation" mit den Rechtsradikalen aus dem Weg zu gehen. Aber die Demonstranten folgten ihnen nicht. Während die DKP eine abgelegene Seitenstraße absperrte, verhinderten die Demonstranten erfolgreich den gesamten Aufmarsch der Rechtsradikalen. Diese wurden in einer Gasse der Freiburger Altstadt eingekeilt und aus den umliegenden Häusern reichlich mit Wasser überschüttet, wenn sie ihre Hetzparolen anstimmten. Einige der berüchtigtsten NPD-Schläger landeten sogar im Münlbach. Schließlich mußten die Faschisten in ihre Busse zurückkehren und die Stadt verlassen.

Diese Aktion, die die DKP ja gerade verhindern wollte, finden wir nun in ihrer Zeitung „UZ" als großartigen Erfolg von DKP, SDAJ und der ihr nahestehenden Studentenorganisation MSB / Spartakus wieder!

(Bericht eines Genossen, der in Freiburg dabei war.) ■

Auf dem 'dritten Weg' in die Sackgasse

Auf den Gewerkschaftstagen der IG Metall und der IG Druck und Papier vor einigen Wochen wurde lebhaft über die Aufgabenstellung der Gewerkschaften in unserer Zeit diskutiert. Zahlreiche Delegierte kritisierten die Bindung der Gewerkschaften an Konzertierte Aktion und „Lohnleitlinien". In verschiedenen Anträgen wurde der Austritt der Gewerkschaft aus der Konzertierten Aktion und eine selbständige Tarifpolitik gefordert. Zwar wurden diese Anträge von der Gewerkschaftsführung noch einmal zu Fall gebracht. Das ändert aber nichts daran, daß in den Gewerkschaften seit längerem eine grundsätzliche Diskussion im Gange ist über eine gewerkschaftliche „Standortbestimmung für die 70er Jahre".

Fortsetzung Seite 5 »

Fortsetzung von «Seite 4

DGB-Vorsitzender Vetter äußerte sich dazu vor einem Jahr auf dem 6. Kongreß der Gewerkschaft NGG in Berlin (10. 9. 70):

„Die Ausgangsfrage lautet: Sind die Gewerkschaften ‚Ordnungsfaktor des Status quo', des bestehenden Zustandes also, oder ‚revolutionärer Kampfverband'? ... Seit ihrer Entstehung finden sich die Gewerkschaften — betrachtet man den Ausgangspunkt ihres Handelns — vor zwei extreme Alternativen gestellt. Zwischen diesen Extremen liegt ein breites Feld gewerkschaftlicher Aktivitäten — Raum genug für einen dritten Weg."

Vetter hat recht, wenn er sagt, daß die Gewerkschaften seit ihrer Entstehung vor etwa 100 Jahren immer wieder vor dieser Fragestellung gestanden haben.

Ob es nun die Zustimmung zum I. Weltkrieg 1914 war, der Kampf gegen die revolutionären Kräfte und die „Arbeitsgemeinschaft" mit den Kapitalisten nach 1918, das Versagen gegenüber dem Faschismus 1933 — immer wieder haben die Gewerkschaften nicht als revolutionäre Arbeiterorganisation, sondern als Hüter der bestehenden kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gewirkt.

Trotz Bekenntnis zu einem angeblichen „dritten Weg" wirkt der DGB auch heute noch durch „Konzertierte Aktion", „Lohnleitlinien" und Bindung an die SPD / FDP-Regierung als Ordnungsfaktor dieses Staates.

Welches Verhältnis haben die Vertreter des sogenannten *„dritten Weges" in den Gewerkschaftsvorständen zu diesem Staat?*

Im Grundsatzprogramm des DGB von 1963, das nach wie vor in Gültigkeit ist, wird dieser Staat mit folgenden Worten beschrieben:

„ ... die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt ...

Die Arbeitnehmer, das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen ..."

Auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß im Mai dieses Jahres meinte Vetter:

„Noch wird unsere Gesellschaft von dem Grundkonflikt aller privat-kapitalistischen Ordnungen beherrscht: Dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ...

Die Anhebung des Konsumstandards unterprivilegierter Schichten hat an den entscheidenden Herrschaftsverhältnissen und Abhängigkeiten nichts Entscheidendes geändert ... In Wirklichkeit sind wir noch weit entfernt von einer humanen Gesellschaft, die jedem wahrhaft gleiche Chancen gewährt, sich frei zu entfalten ... "

Diesen Feststellungen ist nicht zu widersprechen. Das Grundübel der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist die Tatsache, daß die Arbeit vieler zum Eigentum weniger wird. Alle Mißstände — die ungleichen Bildungschancen, die ungerechte Vermögensverteilung usw. — leiten sich aus diesem Grundübel her.

Die Veränderung dieser Gesellschaft wird als gewerkschaftliches Ziel angegeben. So ist im Grundsatzprogramm festgelegt, der DGB will *„eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen ... "* Und weiter: „Die von den Gewerkschaften erstrebte Ordnung unserer Wirtschaft wird jedem Arbeitnehmer ein Höchstmaß an Freiheit und Selbstbestimmung gewährleisten, ihn an der Gestaltung der Wirtschaft gleichberechtigt beteiligen, ihm eine seiner Persönlichkeit entsprechende dauerhafte Tätigkeit sichern, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung herbeiführen ... "

Wie soll diese Veränderung vor sich gehen?

„Wir sind für eine Politik der permanenten Reform und nicht für die unrealistische Alternative des Alles oder Nichts ..." (Eugen Loderer, 2. Vorsitzender der IG Metall, 10. Gewerkschaftstag der IG Metall)

„Klassenkampf als gewaltsamen Umsturz lehnen die Gewerkschaften ab. Gesellschaftspolitische Veränderungen auf dem Wege über Gewalt sind ein ebenso ungeeignetes wie unglaubwürdiges Mittel zur Verwirklichung einer humanen Gesellschaft ... " (Vetter, a. o. DGB-Kongreß)

„Wir bejahen die staatlich-politische Demokratie in unserem Land. Die geltende Wirtschaftsordnung wollen wir auf evolutionärem Wege verändern." (Vetter, Kongreß der NGG)

Hier wird die Widersprüchlichkeit einer Politik deutlich, die zwar Gesellschaftsveränderung als Ziel anerkennt, aber sich im politisch-staatlichen Rahmen eben dieser Gesellschaftsordnung bewegt.

Staatlich-politische Ordnung und wirtschaftlich-gesellschaftliche Ordnung sind nicht voneinander zu trennen, denn die eine beruht auf der anderen. Vetter selbst erkennt diese Tatsache im Prinzip wohl an, wenn er davon spricht, daß „aus dem Eigentum an Sachen, nämlich den Produktionsmitteln, das Recht zur Herrschaft über Menschen abgeleitet wird." (NGG-Kongreß)

Und wie ist in der Bundesrepublik die wirtschaftliche Ordnung? Daran besteht auch im DGB kein Zweifel! Die wirtschaftliche Macht ist in den Händen von weniger als 1 % der Bevölkerung konzentriert. Diese kleine Gruppe von Multimillionären und Milliardären verhindern jede Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten im Betrieb, verhindern ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz, verhindern soziale Gerechtigkeit und Sicherheit.

Die DGB-Führer nennen diesen Zustand „Demokratie". Demokratie, das heißt Herrschaft des Volkes. Davon kann doch wohl im Kapitalismus keine Rede sein. Es ist im Gegenteil unbestreitbar, daß in diesem Staat alle grundlegenden Entscheidungen wie etwa die Gründung der Bundesrepublik 1949 und damit die Spaltung Deutschlands, das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 und jetzt dessen Neufassung, der Aufbau der Bundeswehr und die Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO, die Notstandsgesetze, gegen den erklärten Willen des arbeitenden Volkes zustande kamen.

Vollends unsachlich werden die Gewerkschaftsführer, wenn sie sich mit revolutionären Auffassungen auseinandersetzen.

DGB-Vorsitzender Vetter spricht da von „ziellosem Umsturz", den die Vertreter derartiger Auffassungen angeblich wollen. Dne Kommunisten wirft Vetter vor, „Unruhe um der Unruhe willen zu schüren". Der gewaltsame Umsturz, so sagt Vetter, *„zerstört in einem Akt der Gewalt lediglich die bestehende Gesellschaftsordnung, ohne daß die reale Chance für den Aufbau einer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung besteht ... "* (NGG-Kongreß)

Niemand will „Unruhe um der Unruhe willen", niemand will „ziellosen Umsturz". Diejenigen, die für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, haben ein Ziel vor Augen, nämlich den Sozialismus. Nichts anderes ist das traditionelle Ziel der Gewerkschaftsbewegung und der SPD gewesen.

Unbestreitbar sind die jetzigen Gesellschaftsordnungen z. B. in der Volksrepublik China oder selbst in der Sowjetunion ungleich fortschrittlicher als die Zustände vor der Revolution. Und in Deutschland?

Vor der Revolution von 1918 Monarchie, Dreiklassen-Wahlrecht, Unterdrückung der Arbeiterbewegung

nach der Revolution von 1918 die demokratische Republik mit relativ weitgehenden politischen Rechten für das arbeitende Volk.

Vetter hat Unrecht, wenn er behauptet, daß durch die Revolution keine „reale Chance für den Aufbau einer fortschrittlicheren Gesellschaftsordnung besteht". im Gegenteil: die Revolution ist überhaupt die einzige Chance, wie die historische Erfahrung lehrt. Eben deshalb hat das hundertjährige *reformistische* Wirken der Gewerkschaften in unserem Land zwar viele Verbesserungen erreicht, aber die entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse nicht berührt.

Es klafft ein Widerspruch zwischen dem, was solche Gewerkschaftsführer in der Öffentlichkeit sagen oder schreiben und dem, was sie dann wirklich tun.

Bebel, Mitbegründer der SPD mahnte deshalb schon vor fast hundert Jahren die Arbeiter:

„Schaut Euren Führern nicht aufs Maul — schaut ihnen auf die Finger!"

Nicht zufällig hat DGB-Vorsitzender Vetter sich in den letzten Monaten an Sätze erinnert, die er vor vielen Jahren einmal bei Karl Marx gelesen hat. Nicht zufällig halten solche Gewerkschaftsführer seit einiger Zeit schein-radikale Reden in der Öffentlichkeit. Ihnen geht es in erster Linie nur darum, den auf wirkliche Veränderung der Gesellschaft drängenden Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Zum Verhältnis Reform — Revolution meinte Hamburgs Innensenator Runau auf einer Veranstaltung am 28. Oktober:

„Dieser Staat ist nur stabil bei einer großen Vertrauensbasis im Volk. Die Menschen müssen das Gefühl haben, daß Gerechtigkeit herrscht, daß ihre Interessen gut aufgehoben sind und daß der Staat in der Lage ist, Dinge zu ändern. Alle Revolutionen haben damit begonnen, daß man aus Unfähigkeit oder Ignoranz nicht in der Lage war, das Haus zu renovieren. Dann fällt das Haus schließlich zusammen. Übertünchen mit Farbe nützt dann nichts mehr".

Der „Frankfurter Rundschau" vom 19. November entnehmen wir die folgende Notiz:

„ ... Auf die Gefahr revolutionärer Entwicklungen für den Fall, daß der gegenwärtige Vermögenszustand konserviert wird, hat Bundesverkehrsminister Georg Leber hingewiesen. Auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag betonte Leber, ... derzeit besitze nur 1,7 Prozent der Haushalte 70 Prozent des Kapitals in der Bundesrepublik. Diese Eigentumskonzentration führt Leber zufolge zu sozialen Spannungen und wird zunehmend zu einer Gefahr für die freiheitliche Lebensart ... "

Gerade von angeblichen Reformen als Waffe gegen wirkliche Gesellschaftsveränderung — darauf läuft der sogenannte "dritte Weg" hinaus. Wohin hat der „dritte Weg" geführt? Zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, zur Wiederherstellung der alten politischen und wirtschaftlichen Herrschaftsverhältnisse nach 1945.

Die Theoretiker des „dritten Weges", Gewerkschaftsführer wie Vetter, Brenner, Loderer usw., — sie sind so sehr mit der bestehenden Gesellschaftsordnung verflochten, daß es für sie am profitabelsten ist, wenn alles beim Alten bleibt.

Nur können sie das nicht offen aussprechen, ohne ihren Einfluß auf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft total zu verlieren.

Hier liegt der Grund, weshalb solche Gewerkschaftsführer uns ihren sogenannten „dritten Weg" anbieten. Das ist ein Weg, von dem sie selbst recht gut wissen, daß er den Arbeitern in der Vergangenheit nichts gebracht hat und auch in Zukunft nichts bringen wird.

Reform oder Revolution?

Wirtschaftliche Macht bedeutet politische Macht.

Kann an diesem Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht etwas geändert werden? Kann an den Machtverhältnissen auf dem Wege von Reformen etwas geändert werden?

Als 1875 die SPD gegründet wurde, war sie wenig später schon verboten und blieb verboten bis etwa 1890. Ebenso wurde zusammen mit der Kommunistischen Partei zwischen 1933 und 1945 auch die SPD verboten und unterdrückt. Auch heute sind in Ländern Europas wie Spanien, Portugal, Griechenland und Türkei die Arbeiterparteien und Gewerkschaften verboten.

Kann uns das in der Bundesrepublik nicht mehr passieren? Vetter selbst meint, daß *„die Demokratie in der Bundesrepublik immer wieder gefährdet"* ist (NGG-Kongreß).

Im Kapitalismus wird die wirtschaftliche und politische Macht stets von einer winzig kleinen Minderheit der Bevölkerung ausgeübt. Diese Minderzeit, das Großkapital, verteidigt ihre Macht und ihren Reichtum. Das schließt ständig die Bereitschaft ein, die Arbeiterorganisationen zu unterdrücken, Bürgerkriege und Kriege zwischen Staaten zu entfesseln. Es spielt dabei überhaupt keine Rolle, ob die Gewerkschaftsführer Klassenkampf und Bürgerkrieg „ablehnen".

Von den Gewerkschaften wird anerkannt, daß sich in der hundertjährigen Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung für den Bereich der Bundesrepublik „an den entscheidenden Herrschaftsverhältnissen und Abhängigkeiten nichts Entscheidendes geändert" hat (Vetter), daß auch nach der Niederlage des Faschismus 1945 die weitere Entwicklung „zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt" hat. (DGB-Grundsatzprogramm)

Warum denn wohl? Und warum haben die Gewerkschaften gegenüber dem Faschismus 1933 versagt, so daß dann zehntausende Arbeiter in KZ und Zuchthäusern zu Tode gequält wurden und Millionen im Kriege starben?

Deshalb, weil die Thesen von der Gewaltlosigkeit zwar sehr schön klingen, aber in der Praxis nichts taugen gegenüber einem Gegner wie dem Großkapital, der vor keinem Verbrechen zurückschreckt und seine Macht mit Gewalt aufrechterhält.

Wenn sich die Gewerkschaftsführer immer wieder gegen den „gewaltsamen Umsturz" aussprechen, so ist daran zu erinnern, daß die deutsche Arbeiterbewegung ihre größten wirtschaftlichen und politischen Errungenschaften einem solchen gewaltsamen Umsturz verdankt. 1918 machten die revolutionären deutschen Arbeiter und Soldaten dem Krieg ein Ende und verjagten den Kaiser und seine Hofschranzen. Die deutsche Arbeiterklasse erkämpfte so u. a.:

- die demokratische Republik
- das gleiche und allgemeine Wahlrecht überall in Deutschland
- das Recht, Betriebsräte zu wählen
- den Acht-Stunden-Tag

Gewerkschaftsführer wollen, daß alles beim Alten bleibt

Wollen Gewerkschaftsführer wie Vetter und Brenner aber überhaupt ehrlich diese Verhältnisse ändern?

Wir erinnern uns an die Sprüche vom Jahresanfang, die Gewerkschaften würden sich auf keinen Fall dem Schillerschen Lohndiktat von 7 – 8 % unterwerfen.

Was aber geschah? Alle Tarifabschlüsse in diesem Jahr hielten sich an Schillers Lohndiktat! Nach außen wurde „starker Mann" markiert, und hinter den Kulissen mit den Unternehmern rumgemauschelt.

Wer wirklich Veränderungen will, muß zum Einsatz der vollen gewerkschaftlichen Kampfkraft für dieses Ziel bereit sein.

Im Gegensatz dazu schwächen die DGB-Führer die gewerkschaftliche Kampfkraft. In Hamburg haben sie es in diesem Jahr fertig gebracht, am 1. Mai keine Kundgebung im Freien mehr durchzuführen. Im nächsten Jahr wollen sie bei der Erledigung des 1. Mai noch einen Schritt weitergehen und nur noch eine „Festveranstaltung" mit geladenen Gästen durchführen. Das jedenfalls beschloß der DGB-Kreisvorstand.

Das Strothmann-Papier

Meinungen wie Arbeitgeberverband

Auf dem Gewerkschaftstag der IGM Ende September passierte dem Vorstand eine Panne. Ein „vertrauliches" Gesprächsprotokoll des Vorstandes war in die Hände eines Delegierten gelangt, der es vervielfältigte und weiteren Delegierten zur Verfügung stellte. So wurde der Inhalt einer Diskussion zwischen dem Vorstand der IGM und IGM-Arbeitsdirektoren vom 22.7. dieses Jahres öffentlich bekannt. Auf dieser Besprechung wurde vor allem beklagt:

- Der zunehmende Einsatz von Vertrauensleuten und deren Leitungskörpern in den betrieblichen Auseinandersetzungen,
- ihr wachsendes Selbstvertrauen als betriebliche Arbeitervertretung,
- ihr „anmaßendes" Gebaren, Betriebsräte kontrollieren zu wollen und
- die verstärkte Politisierung der Vertrauensleute ganz allgemein.

Mit Geschäftsordnungstricks versuchte der Vorstand, eine Diskussion unter den Delegierten zu verhindern und strich dies von der Tagesordnung. Dennoch gingen mutige Delegierte im weiteren ständig auf das Protokoll ein. Kollege Wilfried Kuckelhorn (Köln) führte aus:

„Als ich das gelesen hatte, hatte ich zunächst einmal den Eindruck, die Arbeitgeber und nicht unsere Kollegen Arbeitsdirektoren diskutierten über die Vertrauensleute". Damit hat Kollege Kuckelhorn den Nagel auf den Kopf getroffen.

Ausführungen der Arbeitsdirektoren und Vorstandsmitglieder

„Kollege" Arbeitsdirektor Hagner:

Von den 411 Vertrauensleuten in meinem Bereich sind 135 als Arbeitssicherheitsbeauftragte bestellt. Diese Vertrauensleute erwarten viel, zum Teil zu viel ... Ihre Vorstellung über Arbeitsgruppensprecher und deren Verantwortung ist geradezu grotesk. Im Schalkerverein Gelsenkirchen haben wir es erlebt. Die Vertrauensleute spielten sich als die Kontrolleure des Betriebsrats auf ... Im Rheinstahlbereich kennen wir die Vertrauensleute alle. Heute bringt jeder Tag neue Konflikte, und wir fragen uns, warum das eigentlich so sein muß.

„Kollege" Günther Feiler, Arbeitsdirektor der Klöckner Werke AG:

Unsere Vertrauensleute sind organhungrig, das ist meine Erfahrung bei Klöckner. Sie kritisieren nicht nur, sondern sie manövrieren geradezu Betriebsratsmitglieder aus ihrem Amt hinaus. ... Immer weniger Kollegen sind bereit, sich zur Kandidatur für das Amt des Betriebsrats zu stellen. Übrig bleibt schließlich immer der andere Teil der Vertrauensleute, die uns politisch Ärger bereiten.

„Kollege" Friedrich Haffner, auch Arbeitsdirektor der Klöckner Werke AG, *greift die Gewerkschaftsschulungen an:*

„Dort wird einseitig unterrichtet, es wird nicht gewarnt und nicht aufgezeigt, welche rechtlichen Folgen z.B. ein illegaler Streik haben kann.

Dafür gibt „Kollege" Friedrich Kübel, Arbeitsdirektor des Hüttenwerks Oberhausen empört folgendes Beispiel:

Diese Forderung brachten IGM-Vertrauensleute von einer unserer Schulen mit und wollten sie in eine Betriebsvereinbarung gießen:

1. Der Vertrauensmann und Sprecher einer Belegschaftsgruppe soll ihre betrieblichen Konflikte formulieren, Betriebsrat, Betriebsleitung und Verwaltung darauf aufmerksam machen und gemeinsam mit ihnen zu einer Lösung beitragen.
2. Der Vertrauensmann ist in diesem Zusammenhang berechtigt, Informationen über personelle Fragen oder betriebliche Veränderungen beim Betriebs- oder Abteilungsleiter einzuholen und der Belegschaft mitzuteilen.
3. Den Betriebs- und Abteilungsleitern wird empfohlen, über wichtige personelle oder betriebliche Änderungen den Vertrauensmann unaufgefordert zu informieren.

An dieser Stelle heißt es im Protokoll: 'Die anwesenden Arbeitsdirektoren bestätigten durch empörte Zwischenrufe und teilweise längere Bemerkungen ihre Erfahrungen in dieser Sache.'

„Kollege" Dr. Günther Sieber, Arbeitsdirektor der Hoesch Hüttenwerke AG:

„Die Vertrauensleute sind also Funktionäre? Und wie verhalten sie sich wirklich? Sie tun und lassen, was sie wollen!! Kürzlich hat der anwesende Sekretär der IGM es nicht einmal mehr gewagt, die Versammlung anzusprechen. Den hätten sie glatt an die Luft gesetzt. Ich bedaure außerordentlich, daß kein gegen die Organisation arbeitender Vertrauensmann zur Verantwortung gezogen wird, auch dann nicht, wenn man die Urheber kennt.

„Kollege" Theo Kapusta, Arbeitsdirektor der Rheinstahl Gießerei AG:
Man müßte auch die Vertrauensleute im Griff haben."

„Kollege" Walter Hölkeskamp, Arbeitsdirektor der Hoesch AG:

Ich bin besorgt über die wachsende Politisierung in den Betrieben. Beinahe wären z.B. auf der letzten Vertreterversammlung in Dortmund absolut linksaußen stehende Außenseiter gewählt worden. Wenngleich nichts gegen gesunde Spannungen zu sagen ist, so muß doch hier gefragt werden, wie weit zu gehen die Organisation bereit ist.

„Kollege" Friedrich Kübel noch einmal:

„Wohin soll das alles führen? Wir stellen die Vertrauensleute praktisch frei. Wir räumen ihnen Versammlungsmöglichkeiten während der Arbeitszeit ein. Und sie? Agitieren! Sie nehmen die Betriebsräte mehr und mehr zu ihrer Zielscheibe ... Man macht hier im Untergrund ... Da müssen Betriebsräte Forderungen vortragen, gegen die sie sich bewußt ausgesprochen haben, weil der Druck der Vertrauensleute dahinter steht. Einige Betriebsratsmitglieder hatten es im Herbst 69 sogar nicht mehr gewagt, in ihre Betriebe zu gehen ... Man zwingt Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, die im Investitionsausschuß sind, den Vertrauensleuten ohne jegliches Recht Nachrichten und Informationen aus diesen Ausschußsitzungen zu übermitteln."

IGM–Vorstand antwortet

Arno Schwarting vom Vorstand:

„Auf der letzten großen Veranstaltung in Dortmund betraten nacheinander 7 Sprecher der DKP das Podium ... Ca. 350 Vertrauensleute, nach Auskunft der Bevollmächtigten überwiegend sozialdemokratischer Herkunft, klatschten teilweise noch begeistert Beifall zu den polemischen Ausführungen der DKP- bzw. ML–Kommunisten ... Die Vertrauensleute schätzen die Rechte und Pflichten der Mitbestimmungsträger, insbesondere der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat völlig fehl ein. (Die anwesenden Arbeitsdirektoren sind nach dem Mitbestimmungsmodell der Montanindustrie auch „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat – d.Red.). So verlangte man vom Generaldirektor oder Anteilseigner Auskünfte über die allgemeine Geschäftspolitik. Man wollte Geschäftsführer und Arbeitsdirektoren zwingen, vor dem Vertrauenskörper Erklärungen zur Produktions-, Verkaufs-, Bau- oder Investitionsplanung abzugeben. Man erwartet, daß etwa Kollege Otto Brenner als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender auch über Tagesereignisse informiert sein muß und nahm ihm und anderen Funktionsträgern der Mitbestimmung nicht ab, daß es auch in der allgemeinen Information natürliche Grenzen gibt ... Als Kollege Brenner dies bei Krupp in Bochum ausgeführt hat, ist er mit Buh-Rufen empfangen worden und ausgepfiffen worden. Das ist ein scheußlicher Vorfall ...".

Und dies ist die abschließende Stellungnahme Fritz Strothmanns, des Verantwortlichen für die Vertrauensleutearbeit im Vorstand der IGM:

Die Freiheit in der IGM gegen die IGM sein zu dürfen, muß natürlich auch ihre Grenzen gegenüber Basisdemokraten finden ... Es muß uns gelingen, die Vertrauenskörper politisch und gewerkschaftlich mit unserem Willen zu durchdringen. Entartungserscheinungen, die zu Lasten der Mitbestimmung gehen, eine sich abzeichnende Politisierung der Vertrauenskörper und sichtbarer Mißbrauch dieser Vertrauenskörper durch gewisse Gruppen müssen von uns sorgfältig beobachtet werden ... .

SPD macht mobil!

Seit einiger Zeit ist eine verstärkte Tätigkeit der SPD in den Betrieben festzustellen.

Fragen wir nach dem Grund, so gibt uns Rüstungsminister Schmidt die Antwort im „Hamburger Unternehmerbrief" der SPD vom Oktober. Er schreibt dort in einem Artikel unter der Überschrift „Die Arbeitnehmer im Zentrum":

„Die Halbzeit der Bonner Legislaturperiode, nach den ersten beiden Jahren sozialdemokratischer Regierungsführung in der Bundesrepublik, lenkt den Blick auf das Bundestagswahljahr 1973 ...

Eine Analyse der Landtagswahlergebnisse zeigt, daß unsere Partei an einigen Stellen Verluste bei den berufstätigen Männern zwischen 30 und 60 Jahren hat hinnehmen müssen; das ist in der Tat beunruhigend, denn diese Gruppe repräsentiert die Masse der Arbeitnehmer und umfaßt nahezu ein Viertel aller Wähler. Das hat mich veranlaßt, *die Forderung zu erheben, daß wir die Arbeitnehmer im Zentrum unserer politischen Arbeit zu sehen haben, daß unsere Zielgruppen Arbeiter und Angestellte ihre Priorität behalten müssen ...* "

Als potentielle Wähler also, als „Zielgruppe" als Stimmvieh, sind die Arbeiter für die SPD interessant, meint Helmut Schmidt.

Er empfiehlt deshalb: „Wir müssen vor allem in den Betrieben noch mehr Arbeit leisten als bisher" und „Ein indirekter Prüfstein wird die Wahl der Betriebsräte nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz im Frühjahr des kommenden Jahres werden, *dabei muß die Basis für unseren Wahlerfolg des Jahres 1973 geschaffen werden ...* "

Stossrichtung gegen links

Wenn also in Hamburg jetzt die SPD aktiver in den Betrieben wird, ihre Betriebsorganisationen mobilisiert, besondere „Arbeitnehmerkonferenzen" mit geladenen Gästen durchführt usw., dann bestimmt nicht deshalb, um die Interessen der Arbeiter stärker wahrzunehmen. Hier sind vielmehr handfeste *parteipolitische Interessen* im Spiel. Betrachten wir nun anhand einiger Ereignisse der letzten Zeit, welche Politik hier vertreten wird. Da ist zunächst eine Veranstaltung „Gefahr von links und rechts", die am 28. Oktober mit Senator Ruhnau und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Pawelczyk im Kurt-Schumacher-Haus stattfand. Da die Veranstaltung nicht öffentlich angekündigt worden war, nahmen fast ausschließlich SPD-Mitglieder teil.

Hier vollzog Ruhnau in bekannter Manier die Gleichstellung „links-rechts". Er verteidigte die Gesinnungszensur bei der Aufnahme ins Lehramt anSchulen und Universitäten, forderte den Numerus clausus an der Uni („Die Tore gewisser Fakultäten müssen zu") und trat für eine weitere Verschärfung des Ausländer-Rechts ein. Die Stoßrichtung der Veranstaltung gegen links war offensichtlich. Am 8. November fand im Gewerkschaftshaus eine „Arbeitnehmer-Konferenz" für geladene Gäste, hauptsächlich SPD-Betriebsräte, statt. Bundestagsmitglied Nölling sprach über das neue Betriebsverfassungsgesetz.

Zu diesem Thema hatte Nölling sich bereits im „Hamburger Arbeitnehmerbrief" der SPD vom Oktober geäußert:

„Das neue Betriebsverfassungsgesetz ist besser als sein Ruf ... Die Koalitionsfraktionen haben damit erneut den Beweis erbracht, daß sie ein zentrales, gesellschaftspolitisch umstrittenes und reformbedürftiges Stück Wirklichkeit der Bundesrepublik im Interesse der Arbeitnehmer neu zu gestalten in der Lage waren ..."

In diesem Sinne sprach Nölling auch auf der „Arbeitnehmerkonferenz" der SPD.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß diese Sicht der Dinge nicht von allen Anwesenden geteilt wurde.

SPD-Kollegen aus dem Hafen bemerkten, daß in den Grundfragen das neue BVG nicht besser sei als das alte. Mitbestimmung sei nicht gewährleistet. Das Zutrittsrecht der Gewerkschaften zum Betrieb sei nicht ausreichend abgesichert worden. Die Hafen-Kollegen verwiesen auf die massive Kritik, die von Delegierten der IG Druck/Papier und IG Metall auf deren Gewerkschaftstagen am neuen BVG geübt worden war.

Auf der anderen Seite äußerten sich eine Reihe von Betriebsräten zustimmend zum neuen BVG. Hierbei tat sich vor allem Knödler von Blohm & Voß hervor. Der VALVO-Betriebsratsvorsitzende meinte, 80 % des neuen BVG seien positiv, und vielleicht 20 % negativ. Daher müsse man dem Gesetz im Großen und Ganzen zustimmen.

Gewerkschaftsführer unglaubwürdig?

Eine geradezu skandalöse Tatsache brachte die „Arbeitnehmerkonferenz" so nebenbei ans Tageslicht. SPD-Betriebsrat Gill (Hafen) wies darauf hin, auch DGB-Vorsitzender Vetter habe in einem Interview zu recht gesagt, das neue BVG sei kümmerlich und er (Vetter) könne den in der SPD-Bundestagsfraktion organisierten Gewerkschaftern nur empfehlen, diesem Entwurf nicht zuzustimmen. Nölling erwiderte darauf, Vetter habe in einem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten diese zur Zustimmung zum neuen BVG aufgefordert. Ähnlich habe ja auch Schellenberg auf dem Gewerkschaftstag gegen den Tendenz-Schutz-Paragraphen gesprochen, der die Mitbestimmung in den sogenannten Tendenzbetrieben wie Zeitungsverlage usw. noch weiter einschränkt, aber in einem Brief an die Parlamentarier diesen Paragraphen begrüßt.

Nölling knüpfte daran die Bemerkung, an der Glaubwürdigkeit von Gewerkschaftskongressen sei zu zweifeln.

Veranstaltungen wie Ruhnaus „Gefahr von links und rechts" und die „Arbeitnehmerkonferenz" haben nicht den Zweck, die Politik der SPD vor der Öffentlichkeit zu vertreten. Sie sollen vielmehr ausgewählte sozialdemokratische Betriebsräte und Gewerkschafter „fit" machen für die Auseinandersetzung in den Betrieben. Auseinandersetzung nicht mit den Unternehmern, sondern mit einer kritischer werdenden Arbeiterschaft.

Wie im Betrieb selbst diese Politik dann aussieht, wollen wir im nächsten Artikel anhand von Auseinandersetzungen in der IG Metall um die Rolle der Vertrauensleute und in einigen Hamburger Chemiebetrieben, aber auch in dem Artikel über HSW (Hamburger Stahlwerke) aufzeigen.

Gewerkschaftssekretäre der Hamburger IG-Chemie schlagen in falsche Richtung

Vor COLGATE - PALMOLIVE ließen die Sekretäre der Hamburger IG - Chemie ein 3 - seitiges Flugblatt gegen den „CHEMIEARBEITER" verteilen. Einige Tage vorher verteilte schon die Spaltergewerkschaft DAG ein ähnliches Blatt.

Dabei versuchen die Gewerkschaftssekretäre fortschrittliche Vertrauensleute zu zwingen, sich öffentlich vom „CHEMIEARBEITER" zu distanzieren und sich öffentlich mit rückschrittlichen und arbeiterfeindlichen Betriebsräten zu „solidarisieren", die vor den Augen der Kollegen schon lange ausgespielt haben.

Auch bei der *NORDDEUTSCHEN AFFINERIE* werden fortschrittliche Vertrauensleute in Einzel - Gesprächen von den IG - Chemie - Sekretären weichgeklopft und gegen den „CHEMIEARBEITER" aufgehetzt.

Holst besonders aktiv

Besonders aktiv bei der Kommunistenhetze ist der IG - Chemie - Sekretär Holst. Betriebsversammlungen und Vertrauensleute - Sitzungen benutzt er, um gegen die Kommunisten und den „CHEMIEARBEITER" loszuhetzen. Derartige Aktivitäten entwickelt er nie, wenn es darum geht, die Kollegen gegen Übergriffe der Geschäftsleitung zu unterstützen. Seine besondere Taktik besteht darin, solche Kollegen als Mitarbeiter des „CHEMIEARBEITERS" zu verdächtigen, die sich nicht seiner Meinung anpassen. Er weiß dabei ganz gut, daß dies einer Kündigung durch die Geschäftsleitung gleichkommt, wenn diese davon erfährt.

So wurden bei der *REICHHOLD - ALBERT - CHEMIE - AG* zwei fortschrittliche Kollegen der Vertrauensleute - Leitung von der Geschäftsleitung entlassen, und zwar mit erlogenen und diskriminierenden „Begründungen". Tatsächlich aber verdächtigte man sie, Mitarbeiter des „CHEMIEARBEITERS" zu sein und denunzierte sie auch öffentlich auf einer Betriebsversammlung. Was steht hinter diesen Aktivitäten von Gewerkschaftssekretären, arbeiterfeindlichen Betriebsräten und den Geschäftsleitungen? Während der letzten Chemie - Streiks gelang es den Vertrauenskörpern von drei der vier größten Hamburger Chemie - Betriebe zusammen mit kampfbereiten Kollegen Vollstreiks für eine Woche lang zu organisieren. Die Gewerkschaftssekretäre hatten nur einzelne Punktestreiks vorgesehen, wurden aber von der Kampfbereitschaft der Kollegen überrollt und mußten sich — wohl oder übel — an die Bewegung anhängen.

Vertrauensleute nicht erlahmt

Trotz des beschämenden Abschlusses (an der untersten Grenze der Schillerschen Lohnleitlinien), erlahmte die Kampfbereitschaft der Vertrauenskörper nicht. Im Gegenteil: Weitere Kollegen — durch die Streiks aktiviert — stießen dazu, massenhaft Kollegen traten der IG - Chemie als Mitglieder bei.

Kampf um einen fortschrittlichen Betriebsrat

Die Aktivitäten der Vertrauenskörper zielten nun — neben den tagtäglichen Auseinandersetzungen — auf die Betriebsrätewahlen im nächsten Frühjahr. Hier muß endlich was geschehen! Taschenträger der Geschäftsleitungen müssen aus diesen Arbeitervertretungen raus: Die aktivsten Vertrauensleute müssen für das nächste Mal in den Betriebsrat gewählt werden.

Als die Hamburger Chemie - Kapitalisten diese Kampfperspektive der aktiven Vertrauenskörper erkannten, packte sie der Schrecken! Denn hierbei geht es um mehr als nur das eine oder andere Prozent Lohnerhöhung. Auf ihre „vertrauensvolle" und angenehme Zusammenarbeit mit gewissen rechten, arbeiterfeindlichen SPD - Betriebsräten wollen diese Herrschaften nicht freiwillig verzichten.

Die Chemie - Bosse wissen genau, daß das neue BVG, das sie gerade von ihrer Regierung verabschieden ließen und das in Zukunft den Betriebsräten noch mehr die Hände binden soll, als das alte, reaktionäre Adenauer - BVG, von wirklichen Arbeiter - Vertretern dennoch soweit ausgenutzt werden kann, daß für die Kollegen dabei was herausspringt. Insbesondere dann, wenn die Belegschaften hinter ihren Betriebsräten stehen. Was liegt also für die Kapitalisten näher, als potentielle Betriebsrats - Kandidaten zu feuern ... und wenn auch mit willkürlich erlogenen Begründungen, wie z. B. bei Reichhold - Albert - Chemie - AG. Gleichzeitig halten die Kapitalisten ihre Regierung an, die SPD - Betriebsgruppen wieder aufzubauen um im Betrieb gegen fortschrittliche Kollegen vorzugehen. Die Gewerkschaftsführung bekommt die Aufgabe, jetzt zur intensiven Kommunisten - Hetze zu blasen, die sich gegen alle aktiven Kollegen richten soll. Diese traurige Arbeit müssen dann die Gewerkschaftssekretäre erfüllen.Wenn z. B. die Vertrauensleute - Vorsitzende von Colgate - Palmolive, Sonja Becker, vom Gewerkschaftssekretär Harry Herrling gezwungen wird, sich öffentlich mit dem arbeiterfeindlichen Betriebsrat Teschendorf zu „solidarisieren", dann weniger, um das Ansehen dieses Mannes im Betrieb zu stärken. Der hat sowieso bei der Belegschaft gründlich verschissen, da gibt es nichts mehr aufzupolieren. Der traut sich kaum noch durch den Betrieb zu gehen. Hierbei geht es vielmehr darum, in hinterhältiger Manier die Kollegin Sonja Becker von ihren Kollegen zu isolieren. Die Colgate - Kollegen sollen denken:„Wer Teschendorf in Schutz nimmt, kann auch nicht besser sein als der!" So will man die aussichtsreiche Kandidatin für die nächste Betriebsratswahl von den Kollegen isolieren.

Die Taktik der Gewerkschaftssekretäre ist zu deutlich, um nicht sofort ins Auge zu springen: Isolierung der Vertrauenskörper, notfalls direktes Zerschlagen durch Kündigung der fortschrittlichen Kollegen, Untergraben der Vertrauensbasis, die die Vertrauensleute bei den Kollegen haben usw.

Der Kollege Heinz Volkmann, Vertrauensleute - Vorsitzender der Reichhold - Albert - Chemie - AG, hat die Taktik der Gewerkschaftssekretäre klar erkannt: Durch Kommunistenhetze sollen alle aktiven und fortschrittlichen Kollegen ausgeschaltet werden!

Auf den Vorwurf während der letzten Teil - Betriebsversammlung, daß der ganze Vertrauenskörper aus Kommunisten bestünde, konterte er: „Wenn Kommunist zu sein bedeutet, die Interessen der Kollegen konsequent und aufrichtig zu vertreten, ... dann sind wir wohl wirklich alle Kommunisten!"

Vertrauensleute bei HSW gekündigt

Am 12. 11. wurden bei HSW (Hamburger Stahlwerke) die beiden Vertrauensleute Wolfgang Berendson und Peter Chinnow gekündigt. Kollege Berendson war Schriftführer der Vertrauensleute - Leitung, Kollege Chinnow war Bildungsobmann. Die Kündigungsfrist betrug eine Woche, Kollege Chinnow mußte aber den Betrieb verlassen und zwangsweise seinen Urlaub antreten. Wieder versuchte man, einen aktiven Vertrauenskörper zu zerschlagen. Wieder versuchte man, eine kampfbereite Belegschaft einzuschüchtern.

Niedrige Lohnkosten – intensive Ausbeutung

Die HSW - Bosse sind stolz darauf, daß bei ihnen im Betrieb die Personal - und Lohnkosten mit nur 14 % erheblich unter dem branchenüblichen Durchschnitt von 25 % liegen. Dies schaffen sie durch besonders intensive Ausbeutung der Stahlarbeiter bei HSW. Für diesen Betrieb ist die chronische Unterbesetzung aller Abteilungen ebenso typisch, wie die Verweigerung der branchenüblichen Sozialleistungen. Noch mehr als andere Kapitalisten haben die HSW - Bosse daher Angst, daß sich unter den Kollegen eine Kampfbereitschaft herausbildet, die stark genug ist, die ständigen Übergriffe der HSW - Bosse abzuwehren.

Am 22. September stellte der Vertrauenskörper einen Katalog mit Forderungen der Kollegen zusammen, für deren Durchsetzung er sich in der nächsten Zeit starkzumachen gedachte: ▶▶▶▶

Forderungskatalog der HSW-Kollegen

„Die Vertrauensleute stellten einen Katalog von Forderungen ihrer Abteilungen auf, ohne vorerst Schwerpunkte zu setzen.

1) Allgemeine betriebliche Forderungen
- *gleicher Lohn für gleiche Arbeit (auch für ausländische Kollegen)*
- *Erschwerniszulagen (Schicht -, Gefahren -, Hitze - u. a.)*
- *mehr Springer zum Ablösen*
- *Sicherung der Arbeitsplätze gegen Zugluft, Kälte, (wenn möglich) Hitze*
- *3 Sanitäter, 1 Werkarzt*
- *Ausbildung für Sicherheitsbeauftragte*
- *kostenlose Grippeimpfung bis Mitte Oktober*
- *Einrichtung der Kantine*
- *Ausschank von Tee*
- *mehr Toiletten mit besseren Einrichtungen (Spiegel, Kleiderhaken)*
- *mehr Umkleidemöglichkeiten*
- *Sprachhandbücher für ausländische Kollegen*
- *Unterstände an den Bushaltestellen*
- *Telefone mit Verbindung nach draußen an Arbeitsplätzen mit Unfallgefahr*
- *mehr Arbeitskleidung und Waschen der Arbeitskleidung durch den Betrieb*
- *reibungslose (ohne Zeitverlust) Hin - und Rückfahrt*

2) Zusatz für Abteilung Transport
- *Buden auf dem Betriebsgelände für Essen und Aufwärmen*
- *Winterkleidung (Steppjacken)*
- *Schuhe mit hitzebeständiger Sohle*
- *Plakate mit einheitlichen Zeichen für Anschläger*
- *feste Anschläger für die Krähne*

3) Zusatz für Stahl - und Walzwerk
- *hitzebeständige zweckmäßige Arbeitskleidung an bestimmten Arbeitsplätzen*

4) Zusatz fürs Stahlwerk
- *Ablösung bei längerer hoher Lärmbelästigung*
- *Einlösung des Versprechens zum DM 26 Gesetz."*

Perlbach muß gehen

Dieser Forderungskatalog wurde öffentlich im Werk ausgehängt. Schon bald stellte sich heraus, daß der Betriebsratsvorsitzende und „Vertraute" des IGM - Sekretärs Prehm, Kollege Perlbach, nicht bereit war, sich für die Forderungen der Kollegen einzusetzen. Im Gegenteil: Hand in Hand mit dem IGM - Sekretär Prehm, warf er dem Vertrauenskörper immer wieder Knüppel zwischen die Beine. Also nahm der Vertrauenskörper den Kampf gegen den arbeiterfeindlichen Betriebsratsvorsitzenden auf. Mit Unterschriftensammlungen der Kollegen wurde „Kollege" Perlbach aufgefordert, zurückzutreten. Vorher meinte er noch großspurig, daß er dann freiwillig zurücktreten wollte, wenn auch nur 200 Kollegen dies verlangten. Ohne Anstrengung brachten die Vertrauensleute an nur einem einzigen Tag 236 Unterschriften zusammen: Die HSW - Kollegen standen hinter ihrem Vertrauenskörper. Im „METALLARBEITER" Nr. 10 (vom 10. Nov.) schrieb die Betriebszelle bei HSW:

„In der letzten Woche haben wir aus unseren Erfahrungen mit Kollege Perlbach die Konsequenz gezogen. Über 200 Kollegen gaben ihrer Meinung Ausdruck, daß ein besserer Betriebsrat uns in unserem Kampf mit der Geschäftsleitung unterstützen solle. Immer mehr Kollegen fragten sich, was sie von einem Vertreter ihrer Interessen halten sollten, der unsere dringendsten Forderungen verschleppt: Der muß weg!"

Trotz der Unterschriften - Aktion weigerte sich „Kollege" Perlbach die Konsequenzen zu ziehen und zurückzutreten. Dazu mußte er erst von den anderen Betriebsratsmitgliedern gezwungen werden, indem diese selbst geschlossen zurücktraten. IGM - Sekretär Prehm versuchte noch, seinem Schützling Perlbach den Rücken zu stärken, indem er die Unterschriftensammlung „entschieden verurteilte".

Prehm mauschelt weiter

Obgleich die arbeiterfeindliche Politik des IGM - Sekretärs Prehm durch den erzwungenen Rücktritt seines Schützlings Perlbach eine klare Abfuhr erhalten hat, machte er auch weiterhin gegen die Interessen der HSW - Kollegen Politik. So mauschelten Prehm und Perlbach schnell und von den Kollegen unbemerkt, einen Wahlausschuß zusammen. Dieser soll die Wahl eines neuen Betriebsrates leiten. Um die Sache „fest im Griff" zu behalten, machte Prehm in aller Heimlichkeit den technischen Angestellten Melzer zum Vorsitzenden des Wahlausschusses. Melzer gilt genau wie Perlbach als Intimus und Schützling des IGM - Sekretärs Prehm und ist zudem eng mit Perlbach befreundet. Das stinkt schon jetzt nach Manipulation! Die Mauscheleien und Machenschaften von Prehm, Perlbach und Melzer zeigen deutlich das Vorhaben dieser Leute: Der Vertrauenskörper soll ausgetrickst und die Forderungen und Rechte der HSW - Kollegen sollen abgewimmelt und verramscht werden. Alles schön im Sinne der Geschäftsleitung und ihrer beachtenswert niedrigen Lohn - und Personalkosten. Als dann noch klar wurde, daß die Vertrauensleute zusammen mit ihren Kollegen sich auf Streikaktionen für die derzeitigen Tarifauseinandersetzungen vorbereiteten, holte die Geschäftsleitung zum „großen Schlag" aus und feuerte kurzerhand 2 Vertrauensleute, um den ganzen Vertrauenskörper und die Belegschaft einzuschüchtern.

Die Geschäftsleitung hoffte, auf diese Weise einem Streik der Kollegen zu entgehen. Mehr noch: Gleichzeitig ist sie zwei aussichtsreiche Kandidaten für einen aktiven Betriebsrat „losgeworden". Sehr zur Erleichterung von Prehm, Perlbach, Melzer & Co. Aber damit nicht genug: Einher mit dem Rausschmiß der beiden Vertrauensleute akzeptierte die Geschäftsleitung „plötzlich" einige der aufgestellten Forderungen. Dies war offensichtlich als „Beruhigungspille" für die Kollegen gedacht. Gleichzeitig bemühte sich die Geschäftsleitung, den abgeschossenen Betriebsratsvorsitzenden als Held zu feiern, indem sie verlauten ließ, daß die Zugeständnisse in Verhandlungen mit Perlbach erreicht worden seien. Auch für diese Rückenstärkung werden Prehm, Perlbach, Melzer & Co. der Geschäftsleitung dankbar sein. Die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" zwischen HSW - Bossen und IGM - Sekretär Prehm samt seines arbeiterfeindlichen Anhanges im Betrieb klappt schon recht gut. Offensichtlich haben beide Seiten Interesse daran, daß dies auch so bleibt. Ob die Hamburger Stahlarbeiter dabei allerdings mitspielen, ist mehr als ungewiß.

Wir hoffen, daß die HSW - Kollegen „ihrer" Geschäftsleitung noch während dieser Lohnrunde einen Streik einschenken und außerdem die Mauscheleien von Prehm, Perlbach, Melzer & Co. durchkreuzen, indem sie sich solche Kollegen in den neuen Betriebsrat wählen, die sich bereits für sie eingesetzt haben.



Zur Lage der ausländischen Kollegen

In einem Leserbrief an die ARBEITERSTIMME (Betriebszeitung der Betriebsgruppe auf der Nordd. Affinerie) beschrieb ein türkischer Kollege von der N. A. die haarsträubenden Zustände in den Ausländer - Wohnheimen dieses Betriebes. Die ARBEITERSTIMME antwortete mit folgendem Artikel in ihrer nächsten Ausgabe, den wir leicht gekürzt wiedergeben:

Auch wenn die Zustände in Ehestorf und Emmetal vielleicht sogar den „amtlichen Vorschriften" entsprechen: Das ist ein Skandal, so kann es nicht weitergehen! Wenn wir uns heute solche Wohnlager für die ausländischen Kollegen bieten lassen, können das morgen Arbeitslager für alle sein!

Die Lebensbedingungen sind dort so schlimm wie in Hitlers Arbeitslagern oder im KZ.

Monatlich pressen die NA - Kapitalisten aus Ehestorf und Emmetal noch ca. 12 000,– DM allein an Mieteinnahmen heraus!

Die Affi - Herren wissen, was sie tun. Deshalb sind sie ängstlich bemüht, ihre Menschenschinderei zu verheimlichen: Gegen den Fotographen der Bilder in diesem Heft wurde sofort eine Anzeige wegen „Hausfriedensbruch" erstattet!

N.A. – kein Einzelfall!

In der Bundesrepublik leben über 2 Millionen ausländische Arbeiter; davon allein in Hamburg mehr als 70 000. In Hamburg müssen – nach einer Schätzung der „Caritas" – über 80 % dieser Kollegen in menschenunwürdigen, kaum kontrollierten Wohnlagern hausen. Flüchten sie aus diesen Wohnheimen in den „privaten Wohnungsmarkt", finden sie häufig nur Baracken, alte Läden oder Kellerlöcher.

Bis auf ganz wenige müssen sie von ihren Familien getrennt leben. Häufig sind sie aus dem Dorf in unsere Industriegesellschaft verfrachtet. Sie müssen mit einer fremden Sprache und fremden Lebensauffassungen fertig werden.

Die ausländischen Arbeiter hatten oft keine andere Wahl: Entweder zu Hause wegen Arbeitslosigkeit und Hunger krepieren – oder alles verlassen und allein in einem fremden Land Arbeit suchen.

Ursache ist der Kapitalismus

Im kapitalistischen System wird nur nach Profitinteressen geplant, nie im Interesse der Arbeiterschaft. Die Kapitalisten „brauchen" ein Heer von Menschen, die Arbeit suchen oder für wenig Lohn alles machen, um nicht im Elend zu versacken.

Die Kapitalisten benutzen diesen Teil der Arbeiterschaft als ihre „industrielle Reservearmee", um sie gegen die übrigen Teile der Arbeiterschaft auszuspielen:

Das zeigt sich im EWG - Raum, wo aus Süditalien, Spanien, Portugal, sogar Marokko und der Türkei die Menschen bis nach Mitteleuropa ziehen müssen, um Arbeit zu finden. Im Weltmaßstab bilden die unterentwickelt gehaltenen Länder die „industrielle Reservearmee".

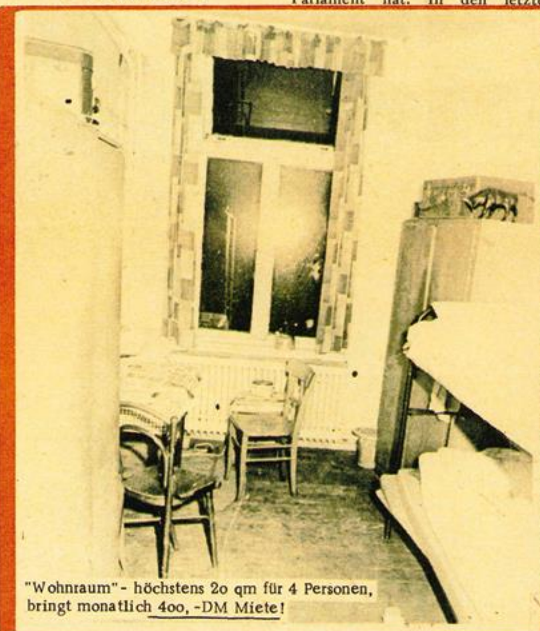
Auch in der Bundesrepublik werden wir gegeneinander ausgespielt:

Ganz gezielt sollen die ausländischen Kollegen hier am schlechtesten wohnen. Ganz bewußt werden ihnen zu wenig Dolmetscher gestellt. Ganz bewußt will man sie unwissend und hilflos halten gegenüber den Rechten und Vorschriften in der Bundesrepublik.

So ist es für die Kapitalisten am einfachsten, die „Gastarbeiter" immer wieder als Lohn- und Akkordbrecher gegen die deutschen Arbeiter auszuspielen. So soll ein Teil der Arbeiterklasse in Westdeutschland vom anderen Teil abgespalten werden, damit die Monopolherren leichter ihre Profite aus uns rausholen können.

Kollegen, diese Politik richtet sich nicht nur gegen die Ausländer. Das geht gegen alle Arbeiter.

Bürgerliche Meinungsmache gegen 'Gastarbeiter'


"Wohnraum" - höchstens 2o qm für 4 Personen, bringt monatlich 4oo,-DM Miete!

Immer wieder wird von Schlägereien und Messerstechereien berichtet, in die Ausländer verwickelt waren – als ob es nicht unter Deutschen auch dieselben Konflikte gäbe! Dabei wird dann bewußt verschwiegen, daß manche ausländischen Kollegen einfach „durchknallen" müssen unter den Bedingungen, in denen sie hier leben – und wer Schuld daran hat, daß sie so leben müssen.

Manche rümpfen nur die Nase: „Die Ausländer stinken!" Dabei vergessen sie, daß es kein Vergnügen ist, wenn man den Wohnlager - Geruch nicht aus seinen Kleidern kriegt. Nicht jeder hat zu Hause seine „Mutti", die ihm die Sachen pflegt!

Über solche Gedankenlosigkeit und Vorurteile wird ganz hintenrum faschistische Ideologie in unsere Reihen getragen. Derjenige, dem es etwas besser geht, soll auf andere herabblicken. Da ist die faschistische Ideologie vom „Untermenschen" nicht mehr fern! Die Kapitalisten können sich ihr Süppchen darauf kochen, wenn Arbeiter sich gegenseitig verachten.

Die ausländischen Kollegen lassen sich nicht entmutigen

Nur wenige dieser Kollegen haben resigniert. Die meisten haben erkannt, daß Zusammenhalten und Solidarität die beste Waffe der Arbeiter ist. Das haben wir letzten Sommer gesehen! Alle ausländischen Kollegen streikten mit, viele standen zusammen mit den deutschen Arbeitern Streikposten. Dabei ist es für die ausländischen Kollegen meistens ein viel größerer Schritt als für einen Deutschen, hier im Klassenkampf aktiv zu werden: Hier droht ihnen die Ausweisung und in ihrem Heimatland häufig eine faschistische Regierung. Z.B. in der Türkei herrscht das Militär mit einer rechten Marionettenregierung, die keine Mehrheit im Parlament hat. In den letzten Wochen füllten sich die Gefängnisse mit tausenden von politischen Häftlingen – darunter zahlreiche Gewerkschafter.

Gemeinsamer Feind – gemeinsamer Kampf

Auch wenn es uns zur Zeit vielleicht auch etwas besser geht, als den meisten der ausländischen Kollegen – ausgebeutet werden wir genauso wie sie. Außerdem ist es mit unserem „Wirtschaftswunderwohlstand" auch nicht mehr so weit her. Seit 66/67 wissen wir, daß es mit dem wirtschaftlichen Aufschwung vorbei ist und wir froh sein können, wenn wir unseren Lebensstandard halten können (siehe Metalltarifrunde).

Wie in den Heimatländern der meisten ausländischen Kollegen machen sich auch hier – von den Unternehmern unterstützt – die Faschisten stark.

Auch hieran läßt sich zeigen; wir und die ausländischen Kollegen haben keine entgegengesetzten Interessen.

Im Gegenteil.



Konzertierte Aktion gegen Hamburger Hafenarbeiter

Seit geraumer Zeit spüren die Hamburger Hafenarbeiter den Rücklauf in der Konjunktur: immer weniger Ladung. Die Überstunden entfallen weitgehend. Und auch die Möglichkeiten, Doppelschichten zu ergattern, werden zusehends geringer. Die Kollegen merken es in der Geldbörse: Mit den Normal - Schichten kommt niemand über die Runden.

Die Hafenkapitalisten halten sich in dieser Situation an den Arbeitern schadlos. So schreibt der „HAFENARBEITER" Nr. 4: *„Pensumsschinderei und Arbeitshetze, die kapitalistische Rationalisierung, haben wir im Hafen immer wieder zu spüren bekommen. Früher waren wir im Gang nicht unter 6 Mann. – Heute ist es keine Seltenheit mehr, daß 4 Kollegen eine – für damalige Maßstäbe – unmögliche Tonnage wegreißen, und das für den gleichen Lohn."* Die älteren Kollegen können die sich ständig verschärfende Arbeitshetze immer weniger durchhalten. Immer weniger auch sind die Kollegen in der Lage, die Sicherheitsvorschriften noch einzuhalten.

In dieser Situation begann für 20.000 Hamburger Hafenarbeiter die „Lohnrunde 71". Eingedenk dieser Situation und noch weiteren zu erwartenden Verschlechterungen der Arbeitssituation im Hafen, eingedenk der letzten Preis -, Miet - und Steuererhöhungen und der im nächsten Jahr noch zu erwartenden, war es für die Kollegen dringend notwendig, eine saftige Lohnerhöhung durchzusetzen. Nur so hätte garantiert werden können, daß sich das Lebensniveau der Hafenarbeiter einigermaßen halten würde. Was endgültig herauskam, ist bekannt: 7,6 % ... ein Hohn und eine Schweinerei zugleich.

Einigung auf der 'Lohnleitlinie'

Eine Schweinerei war aber auch w i e dieser Abschluß zustandekam:

Die ÖTV - Führung hatte von vornherein darauf verzichtet, die Kollegen über den anstehenden Lohnkampf zu informieren oder gar für mögliche Kampfhandlungen zu aktivieren. Dennoch haben zwei Hafenbetriebe (GHB und Cesplo) eine 15 % - Erhöhung gefordert. Diese Forderung wurde aber von der ÖTV - Führung erst gar nicht zur Kenntnis genommen. Im Gegenteil: Anfang September lasen die Hafen - Kollegen mit Erstaunen in einem ÖTV - Mitteilungsblatt, daß „ihre" Forderung in diesem Jahr 11 % sei. Keiner im Hafen war gefragt worden!

Die daraufhin von verschiedener Seite geforderten Delegierten -, Mitglieder - oder Branchenversammlungen wurden von der ÖTV - Führung auch nicht einberufen. In 3 Verhandlungen mit den Hafenkapitalisten ließ sich die ÖTV - Führung schließlich auf 7,6 % Lohnerhöhung herunterhandeln und schloß ab. So mancher im Hafen war sprachlos vor Wut, als er das erfuhr.

Rabbatz auf der Funktionärskonferenz

Auf einer schließlich einberufenen ÖTV - Funktionärskonferenz für die Vertrauensleute und Betriebsräte der Hafenbetriebe ging es denn auch hoch her: „Der Abschluß ist unannehmbar!" „Eine glatte Provokation der Hafenarbeiter!" „Eine Verhöhnung unserer Interessen!" „Herausforderung der gesamten Hafen - Arbeiterschaft!" „Kampf für Durchsetzung der ohnehin schon zu niedrigen Forderung von ursprünglich 11 %!"

Von den 170 anwesenden Vertrauensleuten und Betriebsräten, vertraten nur die arbeiterfeindlichen Betriebsratsvorsitzenden Schwieger (HHLA) und Gerber (Lager & Spe) die Positionen der reaktionären ÖTV - Sekretäre Fiete Koch und Willi Russ. Ebenfalls einhellig wurde abgelehnt, daß die ÖTV - Führung die Lohnverhandlungen mit der Verhandlung um den Rahmentarifvertrag gekoppelt hatte. Unter großem Beifall wurde mehrfach gefordert: „Schluß mit der konzertierten Aktion!"

Die meisten der 15 Sprecher auf der Funktionärsversammlung machten klar, daß mit dieser ÖTV - Führung, die deutlich und für alle sichtbar die Interessen der Hafenkapitalisten vertreten hatte, ein ernsthafter Lohnkampf zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen nicht zu führen sei. Als ihre zukünftige Aufgabe bezeichneten die meisten der 15 Sprecher, die ÖTV wieder zu ihrer Kampforganisation zu machen.

ÖTV zur Kampforganisation machen!

Was hier den Hamburger Hafenarbeitern vorgeführt wurde, war die „konzertierte Aktion" von Kapitalisten, ihrer Regierung und der Gewerkschaftsführung gegen die Rechte und Interessen der Kollegen im Hafen.

Aber es ist nicht die Art der Hamburger Hafenarbeiter, über diese Schweinerei lange zu schimpfen: In verschiedenen Betrieben des Hafens haben sich inzwischen viele Kollegen in Gruppen zusammengefunden, um den gewerkschaftlichen Kampf um ihre Rechte gegenüber den Unternehmern und in der Gewerkschaft in eigener Regie zu führen. Der „HAFENARBEITER" wird auch in Zukunft sich bemühen, den Kampf dieser Kollegen zu unterstützen. Die Arbeit ist gerade noch zur rechten Zeit angelaufen. Denn es gibt in nächster Zeit eine Menge zu tun für eine Arbeiterpolitik im Hafen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft: Bereits im Frühjahr stehen die Betriebsrätewahlen an. Dort werden sich die Hafenarbeiter von der Sorte von „Kollegen" trennen müssen, die in der Vergangenheit hauptsächlich darauf achteten, daß die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind. ★